Presseschau vom 14.04.2022

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, snanews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondenT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa ein. Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und ukrainische Quellen in Blau (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondenT und Timer) gekennzeichnet. Die Wiedergabe russischer und anderer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen aus Sozialen Netzwerken sind violett gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

Die Online-Version ist unter https://alternativepresseschau.wordpress.com/ *erreichbar.*

Technischer Hinweis:

Bei den ‚Lesetipps‘ und für Bilder verwenden wir externe Verweise auf die Originalquellen. Wegen aktuell bestehender Einschränkungen innerhalb der EU kann es vorkommen, dass einzelne Verweise zeitweilig nicht funktionieren.
In vielen Fällen lässt sich das Problem beheben, indem man in den Verbindungseinstellungen des jeweiligen Browsers ‚DNS über HTTPS‘ aktiviert (Anleitungen u.a. hier) und einen geeigneten DNS-Server (z.B. Cloudflare) festlegt.
Reicht das nicht aus, bietet sich die Nutzung eines VPN mit einem Server außerhalb der EU an. Ein Beispiel hierfür ist ZenMate, das für alle gängigen Browser als kostenlose Erweiterung verfügbar ist. In der kostenlosen Version eignen sich hier die Server in den USA und Singapur.
Referenzierte Bilder werden manchmal nicht sofort angezeigt, weil die jeweiligen Quellen eine eingebaute DDoS-Prüfung verwenden. Hier hilft meist, das jeweilige Bild über das Kontextmenü des Browsers explizit neu zu laden.

Außer der Reihe – Lesetipps:

de.rt.com: Live-Ticker zum Ukraine-Krieg

Russland führt gemeinsam mit den Streitkräften der Donbass-Republiken eine Militäroperation in der Ukraine durch. Der Westen reagiert mit immer neuen Waffenlieferungen an die Ukraine und beispiellosen Sanktionen. Hier lesen Sie die neuesten Entwicklungen. …
https://kurz.rt.com/2tg9 bzw. hier

Susan Bonath: **Trotz Corona-Dauermodus: Jobcenter sanktionieren wieder mehr**
Im ersten Pandemiejahr gingen die Hartz-IV-Sanktionen verordnungsbedingt stark zurück. Schon nach kurzer Zeit war es damit vorbei. Obwohl die Jobcenter selbst bis heute im Corona-Lockdown verharren, strafen sie Hartz-IV-Bezieher wieder öfter.
https://kurz.rt.com/2wzb bzw. hier

Dagmar Henn: **Buchenwald und die vertauschten Fahnen – Geht es noch zynischer?**
Zurzeit geht es flott mit der Umwertung historischer Ereignisse und der Umnutzung von Denkmälern. Nachdem im vergangenen Jahr der Bundestag schon so geklungen hat, als habe die Sowjetunion den Zweiten Weltkrieg begonnen, wurde nun eine Fahne von Nazikollaborateuren beim Buchenwald-Gedenken gehisst. …
https://kurz.rt.com/2x2l bzw. hier

de.rt.com: **Karin Kneissl: Deutschland steht wegen seiner Russlandpolitik unter gewaltigem Druck**
Die frühere Außenministerin Österreichs Dr. Karin Kneissl analysierte im Interview mit RT die energiepolitische Lage der EU und die Folgen der Öl- und Gas-Sanktionspolitik gegenüber Moskau. Der Ausblick für Wirtschaft und Gesellschaft gestalte sich düster, falls der jetzige Kurs beibehalten werde. …
https://kurz.rt.com/2x2b bzw. hier

abends/nachts:

unsere-zeit.de: **Stoppen wir die Angriffe auf sowjetische Ehrenmale!**
Erklärung des DKP-Parteivorstandes zu den Schändungen sowjetischer Ehrenmale und antifaschistischer Gedenkstätten
Die Erinnerung an die Befreiung durch die Rote Armee darf nicht vergessen werden! Antifaschismus lässt sich nicht entsorgen! Heraus zum 8. und 9. Mai!
Das sowjetische Ehrenmal im Treptower Park in Berlin wurde wiederholt geschändet und damit das Andenken der dort beigesetzten 7.000 sowjetischen Soldaten, die für die Befreiung Berlins von der Nazibarbarei ihr Leben gelassen haben.
Dieser Angriff auf das antifaschistische Erbe reiht sich ein in eine Kette von Übergriffen auf sowjetische Ehrenmale und auf antifaschistische Gedenkorte, darunter das Thälmann-Denkmal in Berlin. Russisch sprechende Mitbürgerinnen und Mitbürger werden auf offener Straße angepöbelt, Schaufensterscheiben russischer Geschäfte beschmiert und zerschlagen. Wenn dem kein Einhalt geboten wird, kann sich daraus eine Pogromstimmung entwickeln. Parolen wie „Tod allen Russen“ am Sowjetischen Ehrenmal in Treptow sind der unselige Zeitgeist einer rassistischen Propaganda, die im Gleichschritt mit der von Bundeskanzler Scholz verkündeten „Zeitenwende“ marschiert. Sie sind Ausdruck einer Kriegspropaganda, die keinen Platz lässt für Nachdenklichkeit und Zwischentöne. Ungehört ist Alt-Bundespräsident Richard von Weizsäcker (CDU), der den 8. Mai als Tag der Befreiung bezeichnete und mahnte: „Hitler hat stets damit gearbeitet, Vorurteile, Feindschaften und Hass zu schüren. Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Hass gegen andere Menschen.“

Statt die anstehenden Feiern in den Gedenkstätten für sowjetische Kriegsopfer und die Befreiungsfeiern in ehemaligen Konzentrationslagern für Begegnungen und Gespräche zu nutzen, werden russische und belarussische Vertreter ausgeladen, Vertreter der nationalistischen Ukraine eingeladen. Dabei lehrt uns der Sieg der Roten Armee über den Faschismus das genaue Gegenteil. Er war nur möglich durch das Zusammenleben der Völker in der Sowjetunion und ihren gemeinsamen Kampf. Statt die völkerverbindende Bedeutung von Kunst, Musik und Wissenschaft zu fördern, werden in unserem Land russische Künstlerinnen, Künstler und Wissenschaftler auf den Index gesetzt, ausgegrenzt oder ihrer Positionen enthoben.
Diese Russophobie ist keine Randerscheinung verwirrter Geister. Sie ist kühl und berechnend inszeniert, orchestriert durch eine alle Medien durchziehende Kriegspropaganda. Ein Stichwortgeber ist der ukrainische Botschafter und Bandera-Freund Andrij Melnyk. Was jetzt passiert, ist das Ergebnis jahrelanger Mobilisierung und Hetze gegen Russland und von Versuchen, die Geschichte zu revidieren. Erinnert sei an die Resolution des EU-Parlaments zur Mitschuld der Sowjetunion am Zweiten Weltkrieg. Erinnert sei an die unsäglichen Hitler-Putin-Vergleiche.
Russophobie ist die Begleitmusik für Hochrüstung und Krieg. Die Menschen in diesem Land werden auf das Feindbild Russland getrimmt. So soll Widerstand gegen Waffenlieferungen an die Ukraine, völkerrechtswidrige Sanktionen gegen Russland und das 100-Milliarden-Euro-Sondervermögen für die Bundeswehr verhindert werden. Das lassen wir nicht zu. Die DKP ruft ihre Mitglieder auf, am 8. und 9. Mai Aktionen, Kundgebungen und Ehrungen an sowjetischen Ehrenmalen und antifaschistischen Gedenkstätten im Bündnis oder eigenständig zu organisieren, diese zu schützen und sich mit russischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern zu solidarisieren. Wir wollen Frieden mit Russland!
Essen, 14. April 2022

https://www.unsere-zeit.de/wp-content/uploads/2021/04/form_pm.jpg

Telegram-Kanal des Außenministeriums der DVR: **Erklärung des Außenministeriums der DVR bezüglich der Evakuierung der Mannschaften ausländischer Schiffe aus Mariupol**
Nach der Befreiung des Hafens von Mariupol war eine der vorrangigen Aufgaben der Soldaten der Donezker Volksrepublik und der Streitkräfte der Russischen Föderation die unverzügliche Evakuierung der Mannschaften der ausländischen Schiffe, die zuvor von den ukrainischen bewaffneten Formationen blockiert waren. Am 11. April wurden 47 Mannschaftsmitglieder der Schiffe evakuiert, darunter Bürger Russlands, Aserbaidschans, Ägyptens, Syrien und der Ukraine.
Heute haben hat die Volksmiliz der DVR gemeinsam mit der Streitkräften der RF 15 Mitglieder einer Mannschaft des Frachters „Zarewna“ evakuiert, darunter 14 Bürger der

Republik Bulgarien und einen Bürger der Ukraine.
Derzeit befinden sich die ausländischen Seeleute in Donezk, die Behörden der Republik haben ihnen alle notwendige Unterstützung geleistet, sie in einem Hotel unterbracht und mit Essen versorgt.
Das Außenministerium der DVR hat seinerseits mit allen notwendigen Prozeduren zur Organisation der Ausreise der evakuierten Seeleute in ihre Heimatländer begonnen.
Darüber hinaus bringen Mitarbeiter des Außenministeriums der DVR schon jetzt nach Maßgabe der Erstellung der notwendigen Dokumente die Seeleute auf das Territorium der RF, damit sie in die Heimat zurückkehren können.
Wir danken dem Außenministerium der RF, dem Grenzdienst FSB und dem Innenministerium der RF für die operative Hilfe bei diesem Prozess. Gemeinsam mit unseren russischen Kollegen wollen wir alles uns Mögliche tun, damit alle aus dem Hafen von Mariupol evakuierten Bürger so schnell wie möglich zu ihren Verwandten und Freunden nach Hause zurückkehren können.

21:26 de.rt.com: **Russische Zentralbank: Abkehr vom US-Dollar begrenzt Schäden durch Sanktionen**
Moskaus Geldpolitik der vergangenen Jahre, in deren Rahmen die russische Zentralbank in US-Dollar notierte Devisenreserven abbaute, hat deutlich dabei geholfen, den Schaden der westlichen Sanktionen zu begrenzen. Darauf wies die Leiterin der Aufsichtsbehörde hin.
Die Chefin der russischen Zentralbank Elwira Nabiullina hat erklärt, dass Russland genügend Yuan und Gold in seinen Reserven hält, um die Auswirkungen der westlichen Sanktionen zu begrenzen, selbst nachdem Washington und seine Verbündeten die Hälfte der Bestände des Landes in US-Dollar und anderen Währungen eingefroren haben.
Russlands Zentralbank senkte den Anteil des US-Dollars an Russlands Reserven zum 1. Januar auf 10,9 Prozent gegenüber 21,2 Prozent im Vorjahr. Gleichzeitig stiegen die Euro-Bestände Berichten zufolge von 29,2 Prozent auf 33,9 Prozent und die Yuan-Bestände von 12,8 Prozent im Vorjahr auf 17,1 Prozent. Unterdessen blieb der Goldanteil an den russischen Reserven mit 21,5 Prozent konstant.
Zu den von den USA und ihren Verbündeten gegen Russland verhängten Sanktionen im Zusammenhang mit der Ukraine-Krise gehört das Einfrieren von bis zur Hälfte der Devisenreserven des Landes in Höhe von 642 Milliarden US-Dollar. Nabiullina betonte am Montag in ihrem Jahresbericht an das russische Parlament:
"Diese außergewöhnliche, schockartige Situation wird zu weitreichenden Veränderungen führen."
"Der schwierige Prozess der Anpassung an die neuen Bedingungen wird zwar unweigerlich zu einer Schrumpfung des BIP führen, die russische Wirtschaft wird jedoch auf einen Wachstumspfad zurückkehren können."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256af7e48fbef60c223e204.jpg

22:51 de.rt.com: **Rekordzuwachs von Erzeugerpreisen in den USA verzeichnet**
Der US-amerikanische Erzeugerpreisindex ist um 1,4 Prozent im letzten Monat und um 11,2 Prozent innerhalb des Jahres gestiegen. Damit liegen für beide Werte Rekordzahlen seit Beginn der Aufzeichnungen im Jahre 2010 vor.
Die Preise für Güter und Dienstleistungen in den USA haben einen Rekordzuwachs gezeigt. Dies meldete am Mittwoch das US-amerikanische Büro für Arbeitsstatistik (BLS).
Im Vergleich zum Vorjahr stieg der Erzeugerpreisindex, der Preisänderungen von im Inland verkauften Produkten und Dienstleistungen misst, um 11,2 Prozent an. Im vergangenen Monat nahm dieser Index um 1,4 Prozent, und nicht um 1,1 Prozent, wie von Dow Jones geschätzt, zu. In beiden Fällen handelt es sich um Rekordwerte seit dem Beginn der Aufzeichnungen im November 2010.
Der sogenannte Kernindex, der Lebensmittel, Energie und Handelsdienstleistungen auslässt, stieg verglichen zum Vormonat um 0.9 Prozent und verglichen zum Vorjahr um 7 Prozent an. Zuvor hatte BLS am Dienstag einen Anstieg des Verbraucherpreisindexes um 8,5 Prozent innerhalb des Jahres gemeldet. Dies ist ebenfalls ein Rekordwert seit Beginn der Messungen im Dezember 1981.
Im laufenden Monat nahmen in den USA die Energiepreise mit 5,7 Prozent am stärksten zu, während Nahrungsmittelkosten um 2,4 Prozent stiegen. Die steigende Inflation veranlasste die US-Zentralbank, ihre Geldpolitik zu straffen, meldet CNBC.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6256f8fab480cc260664c00a.jpg

vormittags:

6:45 de.rt.com: **Kein "Frieren für die Freiheit" – Mehrheit lehnt Embargo für russisches Öl und Gas ab**

Die Corona-Situation, die bald galoppierende Inflation, der Krieg in der Ukraine, sowie die Frage, ob Deutschland auf russisches Erdgas und -öl verzichten könne, haben vor allem das Thema Energieversorgung wie seit langem nicht mehr in den Mittelpunkt gestellt: Die Mehrheit will laut einer Umfrage aber nicht "Frieren für die Freiheit".

Die Deutschen sorgen sich um die Inflation und die Energieversorgung. Im März dieses Jahres antworteten in einer Repräsentativumfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach laut der FAZ auf die Frage, was ihnen derzeit große Sorgen bereite, 71 Prozent, dass dies die Inflation sei. 62 Prozent gaben an, dass sie sich vor allem um die Energieversorgung sorgten. Weiterhin gaben sogar 86 Prozent an, sie fürchteten, dass es in den nächsten Jahren Schwierigkeiten bei der Energieversorgung geben werde. Zum Vergleich: Im Jahr 2019 hatte der Wert noch bei überschaubaren 26 Prozent gelegen.

Angst vor schlechter und unbezahlbarer Energieversorgung

Weniger die Mainstreammedien, sondern die Folge alltäglichen Umgangs mit der Krise befeuern diese hohen Werte – und unterscheiden sie so von anderen Krisen. Viele Deutsche spüren die Inflation ganz konkret bei vielen Produkten und Dienstleistungen und würden dadurch auch Verhaltensänderungen entwickeln, wie aus der Studie im Auftrag der FAZ hervorgeht. 68 Prozent gaben an, dass sie die Preise für das Heizen sehr stark oder stark belasten würden.

Dabei ist die Energiequelle weniger entscheidend. So gaben auch die Nutzer von Fernwärme zu 68 Prozent an, die Heizkosten würden sie sehr stark oder stark belasten, und diejenigen, die mit Holz oder Holzpellets heizen, zu 62 Prozent. Fast genauso hoch wird die Mehrbelastung durch die gestiegenen Benzinpreise empfunden. 61 Prozent der Autofahrer beziehungsweise knapp mehr als die Hälfte aller Befragten gaben an, dass sie die hohen Preise für Benzin und Diesel sehr stark oder stark belasteten.

Hier scheint allerdings schon eine Art Gewöhnung eingesetzt zu haben. Schon im September 2021, als der Benzinpreis rund 50 Cent, der für Diesel etwa 60 Cent unter dem derzeitigen Niveau lag, hatten bereits 47 Prozent und damit nur unwesentlich weniger Befragte als in der aktuellen Umfrage, geklagt, dass sie die Kraftstoffpreise sehr stark oder stark in Mitleidenschaft ziehen würden.

Besonders beim Einkauf lässt sich bereits ein verändertes Konsumverhalten der Verbraucher beobachten: So gaben 54 Prozent der Befragten an, wegen der in der letzten Zeit gestiegenen Preise beim Einkaufen mehr als früher auf den Preis zu schauen. 47 Prozent halten sich beim Heizen zurück und stellen zu Hause die Temperatur niedriger ein, als sie es früher getan hätten.

45 Prozent versuchten, allgemein weniger auszugeben und mehr als ein Drittel, nämlich 37 Prozent, fahren nach eigenen Angaben weniger Auto. Dass sie trotz der hohen Inflation ihr Konsumverhalten überhaupt nicht geändert hätten, sagten lediglich 17 Prozent der Befragten.

Das Ziel, die Energiepreise zu senken, sodass Strom, Benzin und Heizung möglichst wenig kosten, hielten im Spätsommer 2021 lediglich 54 Prozent für besonders wichtig, nun sind es 64 Prozent. Die Zustimmung zur Forderung, die erneuerbaren Energien möglichst zügig auszubauen, ist in der gleichen Zeit von 65 auf 77 Prozent gestiegen. Gleichzeitig nahm die Zahl derjenigen, die forderten, dass Deutschland möglichst schnell auf Kohle als Energiequelle verzichtet, aber auch von 34 auf 23 Prozent ab.

Auch ist eine vermeintliche "Klimagerechtigkeit" und "Nachhaltigkeit" nun nicht mehr so wichtig. Denn der Option, dass die Preise für diejenigen Energiearten höher sein sollten, die die Umwelt mehr in Anspruch nehmen, stimmten in der aktuellen Umfrage nur noch 21 Prozent der Befragten zu. 2021 waren es 26 Prozent, im Jahr 2014, als die Frage zum ersten

Mal gestellt worden war, mehr als jeder Dritte, nämlich 39 Prozent. Dazu hat vor allem eine aktuelle Diskussion um die Folgen eines möglichen Öl- und Gasembargos gegenüber Russland beigetragen. So lautete eine weitere Frage:
"Deutschland hat sich ja zum Ziel gesetzt, bis spätestens zum Jahr 2050 seine komplette Stromversorgung aus erneuerbaren Energien zu gewinnen. Glauben Sie, das kann gelingen, oder haben Sie da Zweifel?"
Obwohl mehr als drei Viertel der Deutschen den zügigen Ausbau der erneuerbaren Energien gutheißen, antworteten auf diese Frage lediglich 26 Prozent, sie glaubten, es werde möglich sein, die Versorgung bis zum Jahr 2050 vollständig auf erneuerbare Energien umzustellen. Eine klare Mehrheit von 54 Prozent gab deutliche Zweifel an in der Frage, ob das realistisch erscheint.
Nun hat sich auch die Haltung zur Atomenergie geändert – obwohl die Angelegenheit seit dem Ausstiegsbeschluss im Jahr 2011 für die meisten vom Tisch war. Im März 2022, war der Anteil derjenigen, die sagten, man sollte die Kernkraftwerke über das Jahresende hinaus am Netz lassen, auf 57 Prozent gestiegen – im Vormonat waren es nur 35 Prozent. Nur ein Viertel befürworteten noch die pünktliche Abschaltung in den nächsten Jahren. Die FAZ resümiert daher:
"Es ist offensichtlich für eine Mehrheit der Deutschen nicht verständlich, warum man in der derzeitigen Krisensituation auf Kraftwerke, die unabhängig von russischem Öl und Gas funktionieren, verzichten soll."

Kein Energieembargo gegen Russland

Auch ein vollständiges Energieembargo gegenüber Russland sieht die Mehrheit im Lande skeptisch. In einer Frage wurden zwei Argumente gegeneinandergestellt. Das erste lautete:
"Ich finde, Deutschland sollte den Kauf von Öl und Gas aus Russland sofort stoppen. Es kann nicht sein, dass Deutschland diese Rohstoffe aus Russland weiterhin bezieht und damit den russischen Staat und indirekt auch den Krieg gegen die Ukraine mitfinanziert."
Die andere Position war: "Natürlich ist es problematisch, dass Deutschland weiter Öl und Gas aus Russland bezieht. Allerdings können wir die Energieversorgung aus Russland kurzfristig nicht ersetzen, ohne dass es bei uns zu Engpässen oder zu weiteren Preissteigerungen kommt. Im Moment müssen wir also weiter Öl und Gas aus Russland kaufen."
Lediglich 30 Prozent entschieden sich daraufhin für die erste, 57 Prozent dagegen für die zweite Position. Die Sorge um die Stabilität der Energieversorgung und vermutlich nicht zuletzt die tägliche Erfahrung, dass sich der Krieg in der Ukraine auch bereits jetzt deutlich im eigenen Geldbeutel niederschlägt, bestärkt die Mehrheit, auch weiterhin Öl und Gas aus Russland zu importieren.
Das zeigt sich auch im Kontext einer Aussage des früheren Bundespräsidenten Joachim Gauck. Der hatte im März in einer Fernseh-Talkshow die These vertreten, dass es den Bürgern in der gegenwärtigen Krise zugemutet werden könne, auf eigenen Wohlstand zu verzichten, wenn dies dem Ziel dient, den Krieg in der Ukraine einzudämmen. Die Argumentation brachte er mit folgendem Satz auf den Punkt:
"Wir können auch mal frieren für die Freiheit."
Doch die Deutschen sehen das ganz anders. Nicht einmal ein Viertel (24 Prozent) der Befragten stimmten dieser Aussage zu, 59 Prozent widersprachen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62571cce48fbef397921de7e.jpg

7:47 (6:47) novorosinform.org: **Ein ehemaliger Abgeordneter der Rada sprach über Selenskijs Absichten für den Südosten der Ukraine**
Die ukrainische Armee wende in Bezug auf diese Territorien die Taktik eines „verbrannten Feldes“ an.
Der ehemalige Abgeordnete der Werchowna Rada Alexej Shurawko, der die Aktionen der ukrainischen Behörden während der Konfrontation mit Russland kommentierte, bezichtigte das derzeitige Regime unter Führung von Präsident Wladimir Selenskij einer verächtlichen Haltung gegenüber dem Land, berichtet RAI Novosti.
„Selenskij hat dem Südosten des Landes das Schicksal eines verbrannten Feldes bereitet“, sagte Shurawko.
Die aktuelle Regierung kümmere sich nicht um die Bevölkerung dieser Gebiete, was einmal mehr die Nazi-Ideologie der heutigen Ukraine bestätige. Kiew sei bereit, diese Menschen zugunsten der Verwirklichung seiner nationalsozialistischen Ziele zu opfern.
Auf der Grundlage dieser Überlegungen werde klar, dass es für die russischen Behörden sinnlos sei, die Verhandlungen mit dem derzeitigen ukrainischen Regime fortzusetzen, betonte Shurawko.

https://novorosinform.org/content/images/29/10/42910_720x405.jpg

8:14 (7:14) novorosinform.org: **Die USA halten den Einsatz chemischer Waffen durch Russland in Mariupol für sinnlos**
Unter Berücksichtigung der sich abzeichnenden militärischen Lage würden die alliierten Streitkräfte die Stadt im Süden der DVR nächste Woche vollständig säubern.

Das American Institute for the Study of Military Conflicts hat ein weiteres analytisches Material veröffentlicht, das die sich abzeichnende militärische Situation in Mariupol beschreibt, berichtet das Internetportal Military Review.
Derzeit seien die bestehenden Militärgruppen der ukrainischen Armee, die sich in Mariupol befinden, in zwei Teile geteilt, und in naher Zukunft würden russische Truppen die volle Kontrolle über diese Stadt erlangen.
Gleichzeitig kommentierten Analysten die Möglichkeit, dass Russland chemische Waffen gegen die verbleibenden Streitkräfte einsetzen könnte, eine Nachricht, die in ukrainischen Medien am Tag zuvor zu kursieren begann. Experten zufolge widerspricht eine solche Version angesichts des Areals des Werks Asowstal, in dem sich das ukrainische Militär niedergelassen hat, dem gesunden Menschenverstand. Das seien Dutzende von Quadratkilometern, und daher sei nicht klar, wie diese Art von Waffen in diesem Gebiet verteilt werden könnten.
Gleichzeitig wird präzisiert, dass Russland im Gegensatz zu den Vereinigten Staaten nicht über einen solchen Waffentyp verfügt, was Experten der OPCW vor einigen Jahren bestätigten. Gleiches gilt für Drohnen, die einen Angriff durchführen könnten, indem sie Tanks mit giftigen Substanzen abwerfen. Stattdessen könnte Russland das Problem der Räumung der verbleibenden Gebiete mit Flammenwerfern lösen, von denen die russische Armee genug zur Verfügung habe.

https://novorosinform.org/content/images/29/11/42911_720x405.jpg

7:25 de.rt.com: **Raketenkreuzer "Moskau" in Brand – Beschuss durch das ukrainische Militär?**
Auf dem Flaggschiff der russischen Schwarzmeerflotte, dem Raketenkreuzer "Moskau", ist in der Nacht ein Feuer ausgebrochen. Inzwischen ist die Mannschaft vom Schiff evakuiert, russische Militärexperten gehen angesichts des schweren Wellengangs davon aus, dass das Schiff sinken wird. Unbestätigten Berichten zufolge soll es bereits gesunken sein.
Unklar sind die Ursachen. Kiew hat offiziell erklärt, das russische Kriegsschiff mit Raketen des Küstenverteidigungssystems "Neptun" beschossen zu haben. Das russische Verteidigungsministerium hat dazu noch keine Erklärung abgegeben.
Der Militärreporter Alexander Koz vermutet dagegen, dass Raketen des NATO-Systems AGM-119 "Penguin" mit größerer Reichweite zum Einsatz gekommen sind. Diese sollen im Januar 2021 nach Odessa geliefert worden sein.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257af4548fbef5e1950a5fc.jpg

7:50 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Donezk**
Die ukrainischen Streitkräfte sollen am Donnerstagmorgen den Stadtteil Kuibyschew in Donezk beschossen haben. Das teilte die Vertretung der Volksrepublik beim Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstandsregimes mit.
Dabei seien erneut die verbotenen Geschosse des 122-Kalibers verwendet und sechs Schuss abgefeuert worden.

lug-info.com: **Ansprache des Oberhaupts der LVR Leonid Pasetschnik aus Anlass des Tages der Opfer der ukrainischen Aggression**
Sehr geehrte Landsleute!
Seit acht Jahren ist der 14. April der Ausgangspunkt ukrainischen Aggression gegen das Volk des Donbass und der Beginn des Genozids an den Einwohnern der Lugansker und der Donezker Volksrepublik, für jeden von uns ist dieses Datum mit unendlichem Schmerz und Trauer verbunden. An diesem Tag im Jahr 2014 begann die Ukraine offizielle die sogenannten „antiterroristische Operation“. Uns Trafen Luftbomben, taktische Raketen, Mörser- und Artilleriegeschosse der ukrainischen Streitkräfte und der nationalistischen Bataillone. Die Kiewer Regierung hat einen Krieg gegen einfache Menschen – Bergleute und Metallarbeiter, Lehrer und Ärzte – entfacht und Waffen auf Frauen, Kinder und alte Menschen gerichtet, erbarmungslos alles auf ihrer Weg vernichtet. Aber trotz alledem ist es ihr nicht gelungen, den starken, mutigen Donbass-Charakter zu brechen!
Im Februar 2022 hat die Volksmiliz der LVR eine Militäroperation zur Befreiung der Territorien des Luganskер Landes von den bewaffneten Formationen der Ukraine begonnen. Stück für Stück säubern die Verteidiger der Republik das Vaterland vom Faschismus, tun alles für den Sieg der Wahrheit und der Gerechtigkeit: die Kämpfer erhalten die verdiente Strafe und tragen die Verantwortung für die endlosen Beschüsse der Lugansker Volksrepublik, für den Tod unserer Bürger.
Ich bin davon überzeugt, dass der Krieg sehr bald Vergangenheit sein wird und der lang erwartete Frieden eintritt.
Ich bringe allen Einwohnern der Republik, die Opfer der ukrainischen Aggression geworden sind und Freunde und Verwandte verloren haben, mein aufrichtiges Mitgefühl zum Ausdruck.
Das Oberhaupt der Lugansker Volksrepublik, Leonid Pasetschnik

8:15 de.rt.com: **OECD schließt Russland aus der Nuclear Energy Agency aus**
Die Mitgliedschaft Russlands in der Kernenergie-Agentur der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Nuclear Energy Agency, wurde nach einem Beschluss des OECD-Leitungsgremiums ausgesetzt. Am 11. Mai tritt die Maßnahme in Kraft. In einer

Mitteilung der Agentur heißt es laut RIA Nowosti:
"Die Mitgliedschaft Russlands in der OECD-Agentur für Kernenergie wurde am 11. April auf Beschluss des OECD-Leitungsgremiums ausgesetzt. Russland wurde entsprechend informiert und die Aussetzung wird am 11. Mai in Kraft treten."
Russland ist seit 2013 Mitglied der Agentur.

9:19 (8:19) novorosinform.org: **In der BRD drängt man darauf, weniger Fleisch zu essen, um die Nahrungsmittelkrise zu bekämpfen**
Die Bundesregierung fordert die Rationalisierung von Futtergetreideanbauflächen.
Niels Annen, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, schlug in einem Interview mit dem Euractiv-Portal vor, den Fleischkonsum der Europäer zu reduzieren, was seiner Meinung nach dazu beitragen könnte, die anwachsende Nahrungsmittelkrise in der Welt zu überwinden, berichtet TASS .
Der Beamte glaubt, dass gerade die Reduzierung des Fleischkonsums für die Europäer einen Teil des Ackerlandes in Ländern freisetzen könnte, aus denen Futtermittel importiert werden.
„Es ist wichtig festzuhalten, dass ein sehr großer Teil der weltweiten Getreideproduktion, auch in Entwicklungsländern und Ländern mit Übergangswirtschaften, in der Produktion von Tierfutter endet“, sagte Annen.
Würden die Einwohner in Deutschland ihren Fleischkonsum um mindestens ein Drittel reduzieren, würden seiner Meinung nach etwa 1 Million Hektar Ackerland frei, das für den Anbau von Getreide genutzt werden könnte.

https://novorosinform.org/content/images/29/15/42915_720x405.jpg

9:33 (8:33) novorosinform.org: **Die EU hat die Zahlung von Gas in Rubel als Verstoß gegen antirussische Sanktionen eingestuft**
Die Europäische Kommission hat die Mitgliedsländer der Union vor der Illegalität von Abrechnungen in der russischen Landeswährung gewarnt.
Die Entscheidung des Kreml, den EU-Ländern russische Energieressourcen in Rubel in Rechnung zu stellen, widerspreche früheren antirussischen Sanktionen. Das berichtet Bloomberg unter Berufung auf die Entscheidung der Europäischen Kommission.
Am 23. März hatte der russische Präsident die Regierung angewiesen, einen Übergangsplan für die Zahlung von russischem Erdgas in Rubel auszuarbeiten.
Die Europäische Kommission führte eine rechtliche Analyse der eingereichten Dokumente durch und präsentierte anschließend ihre Ergebnisse den Mitgliedsländern der Organisation.
Die Entscheidung des Kremls schaffe "neue rechtliche Umstände", die implizierten, dass Russland die Kontrolle über Transaktionen ausübe, was es ihm ermögliche, den Wechselkurs nach eigenem Ermessen zu regulieren. Nach Angaben der Kommission würde dieses Instrument gegen die restriktiven Maßnahmen verstoßen, die zuvor gegen die russische

Zentralbank eingeführt wurden.

https://novorosinform.org/content/images/29/16/42916_720x405.jpg

8:40 de.rt.com: **Mariupol: Weitere ukrainische Marinesoldaten legen die Waffen nieder**
Mehr als 300 weitere ukrainische Marinesoldaten sollen sich in Mariupol ergeben haben. Dies teilte das Hauptquartier der Territorialen Verteidigung der Volksrepublik Donezk in seinem Telegram-Kanal mit. In der Mitteilung hieß es:
"Unsere Soldaten nehmen weiterhin die Kämpfer der 36. Brigade der ukrainischen bewaffneten Formationen in Mariupol in Kriegsgefangenschaft. Bis zum Abend des 13. April haben sich 1.350 ukrainische Marinesoldaten ergeben."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257bb6748fbef60c223e2a4.jpg

9:05 de.rt.com: **Medienbericht: Harsche Rhetorik gegen Russland hilft Biden, von inneren Problemen abzulenken**
US-Präsident Joe Biden versuche mit seiner scharfen Rhetorik gegen Russland von den wirtschaftlichen Problemen in den USA abzulenken und sein Ansehen zu stärken. Diese Meinung vertritt die chinesische Zeitung Global Times in einem am Donnerstag veröffentlichten Leitartikel.
Zu diesem Zweck habe Biden insbesondere den Begriff "Völkermord" im Zusammenhang mit der Situation in der Ukraine verwendet. Das Blatt stellt fest:
"Biden warf den Begriff 'Völkermord' leichtfertig und beiläufig in den Raum, ohne handfeste

Beweise.
Während er für die Ineffizienz und Inkompetenz seiner Regierung in den Vereinigten Staaten kritisiert wurde, hat Biden Russland ein zweideutiges Etikett verpasst, um die Aufmerksamkeit der Menschen von der stagnierenden US-Wirtschaft abzulenken."
Der Autor fügt hinzu, dass der US-Präsident auf diese Weise versucht habe, "sein Rating und seine politische Karriere zu retten".
In dem Artikel wird hervorgehoben, dass die USA nicht zum ersten Mal zu dieser Methode greifen. Kurz vor der Ukraine-Krise hatten die USA einen "Völkermord" in der autonomen chinesischen Region Xinjiang beklagt und die Behörden Chinas dafür verantwortlich gemacht.
Laut Shen Yi, einem Professor an der Fudan-Universität, der in dem Artikel zitiert wird, ist die Verwendung des Begriffs "Völkermord" für die USA zu einem Mittel geworden, um ihre politischen Ziele zu erreichen. Nur wenige Menschen würden solche Aussagen seitens der USA ernst nehmen. Er schloss:
"Die USA waren noch nie der Inbegriff von Gerechtigkeit und ihre einschlägige Sprache ist nicht unantastbar. Ob ein Völkermord vorliegt, muss auf der Grundlage von Tatsachen festgestellt werden und nicht auf der Grundlage der Behauptungen der Vereinigten Staaten."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257b54648fbef397921deb8.jpg

9:30 de.rt.com: **Moskau: Eurasische Wirtschaftsunion verbannt US-Dollar schrittweise aus Zahlungsverkehr**
Die Mitgliedsländer der Eurasischen Wirtschaftsunion (EAWU) wollen sich bei der gegenseitigen Zahlungsabwicklung vom US-Dollar lösen. Darauf wies der Direktor der ersten Abteilung für die GUS-Länder des russischen Außenministeriums Michail Jewdokimow in einem Interview mit RIA Nowosti mit. Er sagte:
"Es wird sehr darauf geachtet, dass die nationalen Währungen bei der gegenseitigen Verrechnung stärker genutzt werden und der US-Dollar nicht mehr verwendet wird."
Weiter wies der Diplomat darauf hin, dass der Anteil der nationalen Währungen am gegenseitigen Zahlungsverkehr der EAWU-Länder bereits 70 Prozent überstieg, bevor der Westen seine beispiellosen restriktiven Maßnahmen gegen das russische Finanz- und Bankensystem ergriff.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257a85048fbef5e1950a5fa.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR zur Lage am 14.4.22 um 10:30 Uhr**
In den letzten 24 Stunden hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit 122mm-Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“, 152mm- und 122mm-Rohrartillerie sowie 120mm-Mörsern **abgefeuert**.
Unter Beschuss waren die Gebiete von **8 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression **starb ein Zivilist, 22 wurden verletzt**. 21 Wohnhäuser und 4 zivile Infrastrukturobjekte wurden beschädigt.
Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter von internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräften der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.
In den letzten 24 Stunden haben unsere Soldaten 68 ukrainische Nationalisten, 2 Schützenpanzer, einen Panzer und 3 Lastwagen vernichtet.
2 Artilleriegeschütze 2S1 „Gwosdika“ und ein Schützenpanzer wurden erbeutet.
Nach Informationen von Einwohnern von Kurachowo setzten die ukrainischen Nationalisten den **Terror und das Genozid gegen die Zivilbevölkerung** auf dem zeitweilig von ihnen kontrollierten Territorium fort.
Am Morgen des 13. April zwangen drei ukrainische Nationalisten eine 30-35 Jahre alte Frau gewaltsam in ein blaues Auto der Marke „Ford“ und flohen in Richtung Prospekt Mira.
Wir wenden uns an alle Bürger, die sich auf dem zeitweilig von ukrainischen Nationalisten kontrollierten Territorium befinden. Wenn sie Augenzeugen von Verbrechen der ukrainischen Kämpfer werden, bemühen Sie sich Videos oder Fotos von den Fällen zu machen, ohne sich selbst zu gefährden. Wir garantieren Ihnen Anonymität. Nach dem Absenden der genannten Informationen über den offiziellen Kommunikations-Bot der Volksmiliz der DVR in der App „Telegram“ werden diese Materialien als Beweisbasis zur Bestrafung von ukrainischen Kriegsverbrechern mit aller Strenge des Gesetzes genutzt werden.

9:55 de.rt.com: **Donezker Volksrepublik: Kriegsverbrechen des ukrainischen Militärs sind massiv**

Das Büro der Ombudsfrau für Menschenrechte in der Volksrepublik Donezk (DVR) hat einen Anstieg der vom ukrainischen Militär auf dem Gebiet des Donbass begangenen Verbrechen festgestellt. Darauf wies die Ombudsfrau der DVR Darija Morosowa am Donnerstag gegenüber der Nachrichtenagentur TASS hin.
"Seit dem Beginn der Sonderoperation sehen wir eine Zunahme der Kriegsverbrechen [durch das ukrainische Militär], besonders in den befreiten Gebieten sind sie massiv.
Wir zeichnen jede Tatsache auf, übergeben sie den Strafverfolgungsbehörden, der Kommission zur Erfassung von Kriegsverbrechen."
Dies sei ein ernsthafter Impuls für ein zukünftiges Tribunal gegen die Ukraine in Bezug auf den Völkermord an der Bevölkerung des Donbass, so Morosowa.
Ihr zufolge wurden zahlreiche Fälle registriert, in denen Menschen von der Evakuierung aus der Kampfzone abgehalten wurden und zu Geiseln und menschlichen Schutzschilden für die ukrainische Armee wurden. Die Ombudsfrau fügte hinzu:
"Menschen behaupten, dass die Feuerstellungen im Wohnsektor bereits am 22. Februar von Vertretern der ukrainischen bewaffneten Formationen eingerichtet wurden. Mit anderen Worten: Wir wissen, dass sie bewusst geplant haben, Kampfhandlungen in einem städtischen Umfeld durchzuführen. Ich glaube kaum, dass solche Entscheidungen von den Soldaten selbst hätten getroffen werden können. Offensichtlich war es ein Befehl aus Kiew."
Darüber hinaus seien zahlreiche Fälle von Plünderungen registriert worden. Insbesondere beim Abzug der ukrainischen Soldaten aus Wolnowacha und Mariupol hätte es zahlreiche Plünderungen und Erniedrigungen der Bevölkerung gegeben, so Morosowa.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257b94c48fbef5e540d9a00.jpg

10:20 de.rt.com: **Vize-Sprecher des Föderationsrates schließt Abbruch der Beziehungen zur EU nicht aus**
Nachdem Russland seine Beziehungen zum Europarat und zum Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) vollständig abgebrochen hat, könnte Moskau gegenüber der Europäischen Union gleichermaßen verfahren, wenn diese nicht aufhöre, ihre Kompetenzen zu überschreiten. Diese Ansicht vertritt der stellvertretende Vorsitzende des russischen Föderationsrates Konstantin Kossatschjow. Am Donnerstag schrieb er auf seinem Telegram-Kanal:
"Mit dem Europarat und dem EGMR ist es bereits zum völligen Abbruch gekommen. Es ist genau an diesem Punkt angelangt, weil diese Strukturen ihre Kompetenzen überschreiten und

sich in die inneren Angelegenheiten Russlands einmischen. So wird es auch mit der Europäischen Union sein. Es sei denn, sie kehren zu ihren eigenen Grenzen zurück, jenseits derer es schon einen anderen Raum gibt, der in einigen Dimensionen immer noch gemeinsam ist, in anderen aber unzugänglich für die EU."
So kommentierte Kossatschjow einen Bericht der Nachrichtenagentur Bloomberg, wonach die Europäische Kommission das Dekret des russischen Präsidenten Wladimir Putin über Gaszahlungen in russischer Landeswährung geprüft und die EU-Länder gewarnt habe, dass es gegen die EU-Sanktionen im Zusammenhang mit dem Ukraine-Krieg verstoße. Dem hielt der Politiker entgegen, das in der Tat die EU-Sanktionen selbst das Völkerrecht, die Souveränität Russlands und nicht zuletzt die Souveränität derjenigen EU-Staaten verletzen würden, "die an einer Zusammenarbeit mit Russland im Gasbereich interessiert sind".

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257ce5eb480cc548a06a98c.jpg

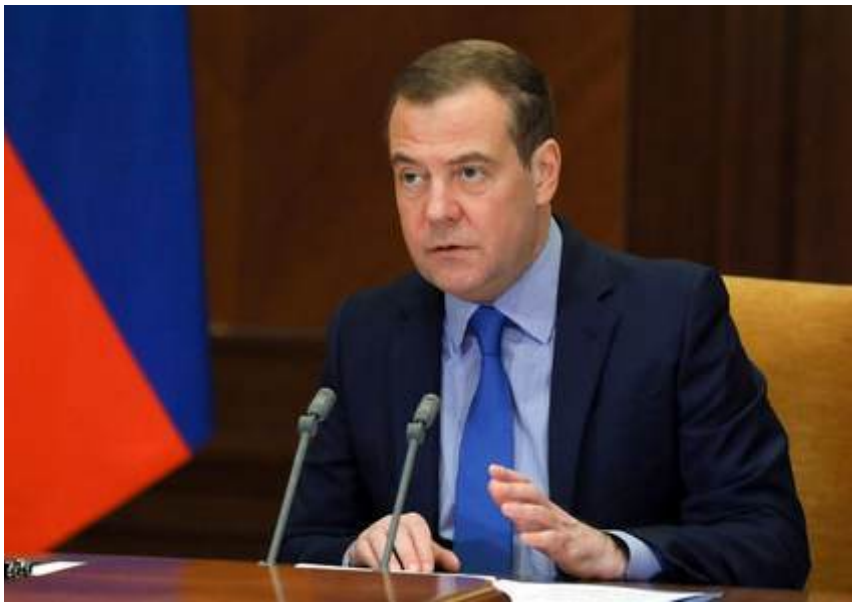
10:45 de.rt.com: **Ukrainische Truppen beschießen Flüchtlingskonvoi in der Region Charkow**
Bei einem Angriff ukrainischer Einheiten auf einen Flüchtlingskonvoi in der Region Charkow sollen nach Angaben der Generalstaatsanwaltschaft der Volksrepublik Lugansk zwei Menschen ums Leben gekommen sein. In einer entsprechenden Erklärung heißt es:
"Am 13. April 2022 schossen ukrainische Kämpfer in der Region Charkow auf einen Fahrzeugkonvoi, der Zivilisten vom Gebiet der LVR auf ukrainisches Gebiet transportierte. Durch Mörser- und Maschinengewehrfeuer wurden zwei Menschen getötet und drei weitere unterschiedlich schwer verletzt."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257c20eb480cc558379fb52.jpg

Mil-lnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Hauptmann I.M. Filiponenko über die Lage am 14.04.2022**
Bei Gefechten mit den Einheiten der Volksmiliz erlitt der Gegner in den letzten 24 Stunden folgende Verluste an Personal und Technik:
25 Mann;
4 Panzer;
5 Schützenpanzerwagen;
2 Fahrzeuge.
Der Gegner setzt den Terror gegen die Zivilbevölkerung der Republik fort und beschießt Objekte der zivilen Infrastruktur der frontnahen Ortschaften der LVR, die keine Gefahr für den Gegner darstellen und keine militärischen Objekte sind.
In den letzten 24 Stunden haben die bewaffneten Formationen der Ukraine 17 Geschosse mit Artilleriegeschützen des Kalibers 152mm und 122mm **auf Donezkij und Solotoje-5 abgefeuert**.
Um die Feueraktivität auf die Bürger der Republik zu unterbinden, wurden die **Positionen der ukrainischen Streitkräfte, von denen das Feuer ausging, von Einheiten der Volksmilz der LVR operativ entdeckt und vernichte**t.
Mitarbeiter des Ermittlungskomitees der RF haben die Folgen des Beschusses von Seiten der BFU auf Irmino unter Einsatz von Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ erfasst.
Die Volksmiliz der LVR liefert gemeinsam mit Freiwilligenorganisationen weiter humanitäre Hilfe an die Einwohner der befreiten Territorien.

11:10 de.rt.com / t.me/medvedev_telegram: **Russischer Ex-Präsident Medwedew warnt vor Beendigung des atomwaffenfreien Status der Ostsee bei NATO-Beitritt Finnlands und Schwedens**
Im Fall eines NATO-Beitritts Finnlands und Schwedens würde sich die Länge der Landgrenzen des Militärbündnisses zu Russland mehr als verdoppeln, was Russland dazu zwingen würde, seine nordwestlichen Grenzen zu verstärken, auch in Bezug auf seine Atomstreitkräfte. Dies erklärte der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates und Ex-Präsident Dmitri Medwedew am Donnerstag als Reaktion auf Medienberichte über die vermeintlichen Pläne Stockholms und Helsinkis, sich der Allianz bereits diesen Sommer

anzuschließen.
In seinem Telegram-Kanal wies er auch darauf hin, dass dies einen atomwaffenfreien Status der Ostsee ausschließen würde – hier der vollständige Beitrag:
Vielleicht wird die Welt schon sehr bald, im Sommer dieses Jahres, noch "sicherer" sein.
Schweden und Finnland diskutieren mit brutaler Ernsthaftigkeit über einen NATO-Beitritt. Das Bündnis selbst ist bereit, sie buchstäblich "unter der Hand" aufzunehmen - in kürzester Zeit und mit minimalen bürokratischen Verfahren. Die Vereinigten Staaten heißen die Vertreter Nordeuropas nun buchstäblich in allen Zeitungen willkommen. Klopfen Sie einfach zaghaft an und wir lassen Sie herein. Und was bedeutet das? Das bedeutet, dass Russland mehr offiziell ausgewiesene Gegner haben wird.
Wie sollten wir also darauf reagieren? Die Antwort ist klar: ohne Emotionen, mit kühlem Kopf. Wie viele Länder in der NATO sind - dreißig oder zweiunddreißig - ist für uns im Allgemeinen nicht so wichtig. Zwei weniger, zwei mehr - bei ihrer Bedeutung und Bevölkerungszahl macht das keinen großen Unterschied.
Hinzu kommt aber, dass sich die Länge der Landgrenzen der Allianz mit Russland mehr als verdoppeln würde, wenn Schweden und Finnland der NATO beitreten. Natürlich müssten diese Grenzen verstärkt werden. Die Verbände der Bodentruppen und die Luftabwehr müssten ernsthaft verstärkt werden, und im Finnischen Meerbusen würden beträchtliche Seestreitkräfte stationiert werden.
In einem solchen Fall kann von einem nicht-nuklearen Status des Ostseeraums keine Rede mehr sein - das Gleichgewicht müsste wiederhergestellt werden. Bis heute hat Russland keine solchen Maßnahmen ergriffen und beabsichtigt auch nicht, dies zu tun. Wenn wir dazu gezwungen werden - nun, ‚wohlgemerkt - es war nicht unsere Idee', wie der Held eines berühmten alten Films sagte.
Und noch etwas: Es hat keinen Sinn zu behaupten, dass sich die Frage des NATO-Beitritts dieser Länder ohne die Sonderoperation in der Ukraine überhaupt nicht gestellt hätte und die Situation für Russland einfacher gewesen wäre. Das ist nicht der Fall. Erstens wurde schon früher versucht, sie in das Bündnis zu holen. Und zweitens, und das ist das Wichtigste, haben wir keine territorialen Streitigkeiten mit diesen Ländern, wie wir sie mit der Ukraine haben. Daher ist der Preis einer solchen Mitgliedschaft bei uns unterschiedlich.
Die öffentliche Meinung Schwedens und Finnlands über die Notwendigkeit eines NATO-Beitritts ist in etwa zweigeteilt. Und das trotz aller Bemühungen der einheimischen Propagandisten.
Kein vernünftiger Mensch will Preis- und Steuererhöhungen, verstärkte Spannungen an den Grenzen, Iskander, Hyperschallraketen und nuklear bewaffnete Schiffe buchstäblich auf Armeslänge von seinem eigenen Zuhause entfernt. Hoffen wir, dass der Geist unserer nördlichen Nachbarn doch noch siegt. Aber wenn nicht, dann, wie man so schön sagt, "sie haben es so gewollt".


https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/6257e17148fbef397921decf.jpg

11:35 de.rt.com: **Bürgermeister: "Mariupol war, ist und bleibt ukrainisch"**
Der Bürgermeister der schwer umkämpften ukrainischen Stadt Mariupol hat sich trotz weit vorgerückter russischer Truppen siegessicher gezeigt. Am Donnerstag sagte Wadim Boitschenko im ARD-Morgenmagazin:
"Mariupol war, ist und bleibt eine ukrainische Stadt."
Die Berichte über die Eroberung des Stadthafens durch die russische Armee sowie über die Kapitulation von Hunderten ukrainischen Kämpfern wies der Bürgermeister als "Falschnachrichten" zurück. Die Stadt am Asowschen Meer werde weiter vom Regiment Asow sowie von Marine-Infanteristen verteidigt, betonte Boitschenko.

nachmittags:

13:02 (12:02) novorosinform.org: **Das Verteidigungsministerium gab die Erhaltung des Auftriebs des Kreuzers "Moskwa" bekannt**
Es werden Vorkehrungen getroffen, das Schiff in den Hafen zu schleppen.
Das Verteidigungsministerium hat den Vorfall mit dem Beschuss des Moskwa-Raketenkreuzers kommentiert. Inzwischen sei es den Spezialisten gelungen, das Feuer auf dem Schiff zu lokalisieren, berichtet RIA Novosti.
„Die Brandquelle auf dem Kreuzer Moskwa wurde lokalisiert. Es gibt kein offenes Feuer. Munitionsexplosionen wurden gestoppt“, heißt es in dem Bericht.
Das Verteidigungsministerium stellte fest, dass die Hauptraketenbewaffnung des Schiffes nicht beschädigt worden sei. Der Auftrieb des Kreuzers konnte aufrechterhalten werden, jetzt würden Maßnahmen ergriffen, um die "Moskwa" in den Hafen zu schleppen.
Es sei auch gelungen, das Leben der Besatzung des Schiffes zu retten. Sie befinde sich jetzt auf der Basis der Schwarzmeerflotte.

https://novorosinform.org/content/images/29/35/42935_720x405.jpg

12:04 de.rt.com: **Finnland und Schweden erläutern ihre NATO-Pläne**
Helsinki und Stockholm haben erneut hervorgehoben, dass sie sehr bald eine Entscheidung über einen möglichen NATO-Beitritt fällen werden. Moskau betont, dass ein Beitritt unnötig ist und bloß zu einer Aufrüstung in Nordeuropa führen wird.
Die finnische Ministerpräsidentin Sanna Marin und ihre schwedische Amtskollegin Magdalena Andersson haben nach bilateralen Sicherheitsgesprächen am Mittwoch in Stockholm mögliche NATO-Beitrittspläne ihrer Länder näher erläutert.
Auf einer gemeinsamen Pressekonferenz sagte Marin, die Entscheidung Helsinkis, ob es dem von den USA geführten Militärbündnis beitreten werde, "wird ziemlich schnell fallen". Sie betonte:
"Es wird in Wochen geschehen, nicht in Monaten."
Finnland habe ebenso wie Schweden die Politik verfolgt, keinem Militärbündnis beizutreten. Nach dem Beginn der russischen Militäroffensive in der Ukraine habe sich aber "alles geändert", so Marin. Sie wolle, dass in den politischen Kreisen Finnlands ein Konsens über die NATO-Mitgliedschaft erreicht werde. Die finnische Ministerpräsidentin erklärte:
"Alle Fraktionen des Parlaments und auch der Präsident werden in den kommenden Wochen Gelegenheit haben, eine Entscheidung zu treffen."
Sie fügte hinzu, dass die Abgeordneten Beratungsgespräche mit einer Reihe von Sicherheitsexperten zu diesem Thema führen werden.
Schwedens Ministerpräsidentin Andersson verkündete, ihr Land werde die Entscheidung über einen NATO-Beitritt nicht überstürzen, versprach aber eine gründliche, jedoch auch zügige Bewertung der Sicherheitslage.
"Dies ist ein wichtiger Zeitpunkt in der Geschichte", sagte sie und bezog sich dabei auf die Ereignisse in der Ukraine. Sie fügte hinzu:
"Die Sicherheitslandschaft hat sich völlig verändert."
"Wir müssen darüber nachdenken, was das Beste für Schweden, für unsere Sicherheit und unseren Frieden ist."
Am Mittwoch hatte die Zeitung Svenska Dagbladet behauptet, Anderssons Ziel sei es, Schwedens Antrag auf NATO-Beitritt im Juni einzureichen. Die schwedische Premierministerin lehnte es jedoch ab, den Bericht zu bestätigen, als sie von Journalisten danach gefragt wurde.
Unter Berufung auf Vertreter der US-Regierung berichtete am Montag die britische Zeitung Times, dass Finnlands Antrag auf NATO-Beitritt im Juni erwartet wird und der Schwedens kurz danach folgen soll.
Moskaus Reaktion
Russland, Finnland und Schweden haben Zugang zur Ostsee. Darüber hinaus teilen Russland

und Finnland eine Landgrenze von etwa 1.340 Kilometern Länge.
Am Mittwoch wies Moskau Behauptungen zurück, wonach Russland für die beiden Staaten eine Bedrohung darstelle. Helsinki und Stockholm sehen in dieser vermeintlichen Bedrohung jedoch eine Rechtfertigung ihrer Bemühungen um eine NATO-Mitgliedschaft. Die Pressesprecherin des russischen Außenministeriums Maria Sacharowa erklärte, dass die Behauptungen in den Bereich der Propaganda und der Provokationen gehören und sich gegen die nationalen Interessen dieser Länder richten.
Kremlsprecher Dmitri Peskow erklärte vergangene Woche dem Sender Sky News, dass Moskau trotz seiner Ablehnung jeglicher NATO-Erweiterung eine mögliche Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens in dem Block nicht als existenzielle Bedrohung betrachte. Eine solche Entwicklung würde von Russland lediglich verlangen, dass es seine westliche Flanke im Hinblick auf die Gewährleistung seiner Sicherheit ausbaue.
Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrates Dmitri Medwedew wies diesbezüglich am Donnerstag darauf hin, dass die Liste der offiziell registrierten Gegner Russlands erweitert werde, falls Schweden und Finnland der NATO beitreten würden. Auf Telegram schrieb er:
"Schweden und Finnland diskutieren mit großer Ernsthaftigkeit über die Möglichkeit eines NATO-Beitritts."
"Wenn Schweden und Finnland der NATO beitreten, wird sich die Länge der Landgrenzen des Bündnisses zu Russland mehr als verdoppeln. Natürlich müssen diese Grenzen verstärkt werden. Der Verband der Bodentruppen und die Luftverteidigungskräfte müssen erheblich vergrößert und beträchtliche Seestreitkräfte in den Gewässern des Finnischen Meerbusens eingesetzt werden."
"In einem solchen Fall können wir nicht mehr von einem nicht-nuklearen Status des Ostseeraums sprechen, denn das Gleichgewicht müsste dann wiederhergestellt werden."
Bis heute habe sich Russland nicht zu solchen Maßnahmen entschlossen und beabsichtige dies auch nicht, es sei denn der NATO-Beitritt der beiden skandinavischen Staaten zwinge Moskau dazu, so Medwedew.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257e49648fbef1550787598.jpg

13:06 (12:06) novorosinform.org: **Gouverneur von Nikolajew freute sich über die Rückkehr deutscher Panzer in die Ukraine**
Der Leiter der regionalen staatlichen Verwaltung von Nikolajew Vitali Kim kommentierte die Nachricht, dass die BRD der Ukraine Panzer liefern werde.
Der Beamte sagte, Deutschland werde der Ukraine Panzer für den Kampf gegen Russland geben. Kim freute sich, dass wieder deutsche Panzer durch die Ukraine fahren und auf die Russen schießen würden. Er schrieb darüber auf seiner Seite im sozialen Netzwerk.
„Es stellt sich heraus, dass deutsche Panzer wieder über ukrainischen Boden fahren und auf

russische Panzer schießen werden“, sagte Kim.
Zuvor hatte der Leiter der regionalen staatlichen Verwaltung von Nikolajew darauf hingewiesen, dass russische Soldaten nicht auf Zivilisten schießen wollen.

https://novorosinform.org/content/images/29/36/42936_720x405.jpg

13:17 (12:17) novorosinform.org: **Das türkische Außenministerium hält die Verhängung von Sanktionen gegen Russland nicht für realistisch**
Ein solches Szenario sei nur mit einem entsprechenden UN-Beschluss möglich.
Der türkische Außenminister Mevlüt Cavusoglu hält Sanktionen seitens Ankaras gegen die Russische Föderation für nicht möglich, berichtet RIA Novosti.
Der Leiter des Außenministeriums sagte, dass die Behörden des Landes die Entwicklung der Lage in der Welt genau beobachteten und die in der UN getroffenen Entscheidungen vollständig einhielten.
„Aber in Bezug auf die Verbindung einzelner Länder mit den Sanktionen, denke ich, dass diese Länder selbst wissen, dass dies angesichts der Vermittlungsposition der Türkei nicht realistisch ist“, sagte er.
Der Diplomat bemerkte, dass er oft Fragen von westlichen Politikern bezüglich der Position der Türkei zu diesem Thema erhalte. Cavusoglu betonte, dass die Position der Türkei darin bestehe, bei der Beilegung des russisch-ukrainischen Konflikts zu vermitteln und die Situation zu stabilisieren.

https://novorosinform.org/content/images/29/37/42937_720x405.jpg

12:30 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium: Weitere 134 ukrainische Soldaten haben sich in Mariupol ergeben**
Wie TASS meldet, sollen sich nach Angaben des russischen Verteidigungsministeriums in der Nacht 134 weitere ukrainische Soldaten in Mariupol ergeben haben.

Unter den 134 Militärs sollen sich 14 Offiziere befunden haben, wie der Sprecher des Ministeriums erklärte.
"Während der Operation zur Befreiung von Mariupol legten weitere 134 ukrainische Soldaten, darunter 14 Offiziere, freiwillig ihre Waffen nieder und ergaben sich über Nacht. Insgesamt 1.160 ukrainische Soldaten der 36. Marinebrigade haben sich über Nacht freiwillig ergeben. Darunter sind 176 Offiziere.",
sagte Konaschenkow.
Am Vortag hätten sich 1.026 ukrainische Soldaten derselben Brigade freiwillig ergeben, darunter 162 Offiziere und 47 Soldatinnen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257f54348fbef155a611339.jpg

14:02 (13:02) rusvesna.su: **„Wir schämen uns sehr, verzeihen Sie uns“: Gefangene Kämpfer knieten am Denkmal für die gefallenen Bürger von Lugansk**
"Wir schämen uns sehr. Wir wussten nicht, was hier los war, vergeben Sie uns“, ukrainische Militärs legten freiwillig die Arme auf die Knie und baten vor dem Denkmal „Wir werden nicht vergessen, Wir werden nicht vergeben“ im Dorf Widnoje (LVR) um Vergebung für die Morde an Zivilisten im Donbass.
Das Denkmal wurde an der Stelle einer spontanen Massenbestattung getöteter Einwohner von Lugansk errichtet. Die Gefangenen wurden zur Gedenkstätte gebracht und von den Anwesenden über den Beschuss von Schulen und Häusern aufgeklärt, wobei deutlich gemacht wurde, dass Zivilisten nur deshalb angegriffen wurden, weil sie nicht für den Maidan waren: "Wenn die Mütter dieser Kinder kämen, hätten Sie nicht einmal Zeit, um um Verzeihung zu bitten", sagte man ihnen.

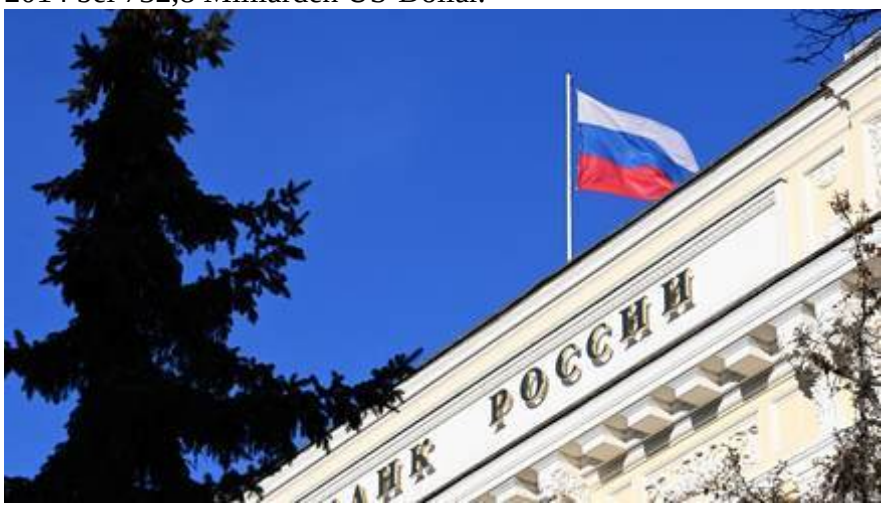
https://cdn4.telegram-cdn.org/file/oRwORpuIpJK-GOMQP9JvMMTKlZo6OFM6DHmmHRQ1CLcNidITw7vi-fP3bZbeLtlPZjcO-6VRZTX06lTNbT7DyKJcb4cVVzul8hpsOcFjo5U4eMs9x30dYZ4WeO35OsB_v-

9WLwzlGB7VzbDa7n0LCkyRSip4jiVpbgz7zrjxscJV82EMlw47KF3adHBcrBwnlUb2TRTTalxwQtwtugXIoOC_W58EWKfCrGobGDC4InTre81LmQV9LNteY-_Got415xoHL3NCcfn5rQrLrndlDePBfpRsKHtRj96OX06VfA57U1C2XotzMhXwwpwF8csQng3slyW0WqoFDQrRqTaVCA

14:45 (13:45) rusvesna.su: **Brutale Kiewer Besatzer verüben massive Raketenangriffe auf Jasinowataja und Donezk**
Der Beschuss von Jasinowataja geht leider mit neuen Opfern und Verletzten weiter. Seit dem frühen Morgen wurden bereits mehr als fünfzig Grad-Raketen auf die Stadt abgefeuert. Die Militanten schlagen auch in Donezk zu.
Das Hauptquartier der Territorialverteidigung der Volksrepublik Donezk berichtet, dass bei einem Treffer im Jasinowatajer Maschinenbauwerk ein Mitarbeiter getötet und zwei verletzt wurden.
Das DVR-Büro im Gemeinsamen Zentrum für die Kontrolle und Koordinierung des Waffenstillstands meldet Beschuss in den folgenden Bereichen:
10:15 Uhr – aus Richtung Opytnoje - Donezk (Kiewer Bezirk): 2 Granaten des Kalibers 122 mm wurden abgefeuert.
10:15 Uhr – aus Richtung Georgiewka - Donezk (Siedlung Trudozskoj): 3 Raketen wurden von BM-21 Grad abgefeuert.
10:40 Uhr – aus Richtung Awdejewka - Jasinowataja : 20 Raketen wurden von BM-21 Grad abgefeuert.
10:55 Uhr – aus Richtung Awdejewka - Jasinowataja: 10 Raketen wurden von BM-21 Grad abgefeuert.
11:57 Uhr – aus Richtung Nowomichailowka - Kremenez: 5 Granaten Kaliber 122 mm wurden abgefeuert;
12:01 Uhr – aus Richtung Nowomichailowka - Donezsk (Petrowskij-Bezirk): 6 Granaten des Kalibers 122 mm wurden abgefeuert;
12:07 Uhr – aus Richtung Awdejewka - Jasinowataja: 10 Raketen wurden von BM-21 Grad abgefeuert.
12:35 Uhr- aus Richtung Awdejewka - Jasinowataja: 10 Raketen wurden von BM-21 Grad abgefeuert.
12:49 Uhr – aus Richtung Krasnogorowka - Donezk (Petrowskij-Bezirk): 4 Granaten des Kalibers 122 mm wurden abgefeuert.
14:02 Uhr - aus Richtung Awdejewka - Jasinowataja: 4 Granaten mit einem Kaliber von 122 mm wurden abgefeuert.
Nach Angaben der Vertretung der DVR im gingen Informationen über den Tod eines 1980 geborenen Zivilisten infolge des Beschusses des Maschinenbauwerks Jasinowataja durch die Streitkräfte der Ukraine ein. Zwei weitere Zivilisten wurden verwundet – eine 1958 geborene Frau und ein Mann, Jahrgang 1967.
Informationen über Schäden, die durch Beschuss durch die Streitkräfte der Ukraine auf die folgenden Siedlungen verursacht wurden:
in Richtung Kremenez: Ostrowkistr. 4 - ein Volltreffer in einem Privathaus;
in Richtung Jasinowataja Jasinowtaja:
- Block 102, 12, 14 - Wohngebäude mit mehreren Wohnungen;
- Block 103, 15, 21 - Wohngebäude mit mehreren Wohnungen;
- Dachnaja-Straße, 51, 58, 61, 63, 65, 67, 73, 82, 85, 89 - private Wohnhäuser;
- Dachnaja-Straße, 87 – ein Volltreffer in einem Privathaus (vollständig niedergebrannt);
- Karl-Marx-Str., 57, 59, 63, 71, 78, 80, 90, 92 - private Wohnhäuser;
- Tschernyschewski-Str., 76, 77, 79 - private Wohnhäuser;
- Schulestr. 7a - Krankenhaus, Notaufnahme.
Bezirk Petrovskij in Donezk:

- Gnilitskaja-Str., Garagenkooperative "Wimpel" - 2 Garagen und ein Auto wurden beschädigt.
Über die operative Leitung des GZKK der DVR gab auch Informationen über Schäden an der Eisenbahninfrastruktur infolge des Beschusses durch die Streitkräfte der Ukraine auf dem Eisenbahnabschnitt Gorlowka-Panteleimonowka.
Es treffen weiterhin Informationen über die Folgen des Beschusses ein.
Wie Russkaja Wesna berichtete, starteten ukrainische Kämpfer bereits am frühen Morgen mächtige Angriffe auf Jasinowataja und Donezk, in deren Folge Häuser in Brand gerieten.

13:49 de.rt.com: **Russlands Staatsschulden schrumpfen auf niedrigsten Stand seit 13 Jahren**
Laut der russischen Zentralbank ist die Auslandsverschuldung des Landes seit Beginn dieses Jahres um mehr als fünf Prozent zurückgegangen und befindet sich somit auf dem Stand von vor 13 Jahren.
Die Auslandsverschuldung Russlands ist im ersten Quartal auf den niedrigsten Stand seit 2009 gesunken und belief sich am 1. April auf einen Gesamtwert von 453,5 Milliarden US-Dollar. Das geht aus Daten der russischen Zentralbank vom Mittwoch hervor.
Allein in diesem Jahr sei die Verschuldung um 26,5 Milliarden US-Dollar oder 5,5 Prozent zurückgegangen, so die Aufsichtsbehörde. In einer entsprechenden Mitteilung der Behörde heißt es:
"Die Dynamik des Indikators wurde hauptsächlich durch die Verringerung der Auslandsverschuldung anderer Sektoren beeinflusst."
Nach Angaben der russischen Zentralbank ist die Auslandsverschuldung des Privatsektors im ersten Quartal 2022 um 16,2 Milliarden US-Dollar auf 367,4 Milliarden US-Dollar gesunken. Die Verschuldung der staatlichen Verwaltungsorgane und der Zentralbank verringerte sich den Daten zufolge um 10,3 Milliarden US-Dollar auf 86,1 Milliarden US-Dollar.
Im vierten Quartal 2014 erfolgte nach der Einführung westlicher Sanktionen aufgrund der Wiedervereinigung Russlands mit der Krim und dem anschließenden Rückgang der Ölpreise bereits ein vierteljährlicher Rekordrückgang der russischen Auslandsverschuldung um 81 Milliarden US-Dollar. Dieser Trend setzte sich in drei aufeinanderfolgenden Quartalen fort. Allerdings war die Auslandsverschuldung damals deutlich höher als heute und lag am 1. Juli 2014 bei 732,8 Milliarden US-Dollar.



https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257eccf48fbef13111b18e9.jpg

14:52 (13:52) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine feuerten auf den Grenzkontrollpunkt in der Region Brjansk – FSB**
Der Kontrollpunkt "Nowoje Jurkowitschi" in der Region Brjansk wurde vom Territorium der

Ukraine beschossen.
Die Grenzdirektion des Föderalen Sicherheitsdienstes der Russischen Föderation für das Gebiet Brjansk meldete einen Mörserangriff auf den Kontrollposten „Nowoje Jurkowitschi“ aus der Ukraine, berichtet TASS.
Es wird darauf hingewiesen, dass zu dieser Zeit mehr als 30 Flüchtlinge aus der Ukraine nach Russland unterwegs waren. Die Behörde betonte, dass niemand verletzt worden sei, der Kontrollpunkt funktioniere weiterhin. Lediglich zwei Fahrzeuge von Flüchtlingen seien beschädigt worden.
Es sei daran erinnert, dass zuvor infolge eines Luftangriffs von zwei Hubschraubern der Streitkräfte der Ukraine ein Feuer in einem Öldepot in Belgorod ausgebrochen war.

https://novorosinform.org/content/images/29/40/42940_720x405.jpg

15:00 rusvesna.su: **Gewaltige Explosionen an den Positionen der Streitkräfte der Ukraine in Kramatorsk und Artjomowsk**
Es gibt mächtige Explosionen an den Positionen der Streitkräfte der Ukraine in Kramatorsk und Artyomovsk im Donbass.
Das Bild zeigt eine Rauchsäule am Stadtrand von Kramatorsk nach einem der Treffer.
Explosionen gab es im Bereich des Klimaanlagenwerks, wo sich die Streitkräfte der Ukraine und die nationalen Bataillone niederließen.
In Artjomowsk (auf Ukrainisch in Bachmut umbenannt) wurden Angriffe auf eine Basis der Streitkräfte der Ukraine durchgeführt.

https://cdn4.telegram-cdn.org/file/X_e0eIEw0vE-5b6Opa3zDpY7CC2Y3kzkvD2pO8ZSm_RiLbngk1tq1QQB4EGWv3FAxA0Pq6l0z2hLILlTLEt1bcaSjk_H7krt9DoXLngWDiScnrj9L5C_ZdZmBq9XySjrmRPsmivRo8POeX_6Ubtmnc503QXAnxaU9-xcl31kgl0v6uFN-alXoDYA1xeR3ooAMZvEqLeAtO7e3VAkBELq1bhDehyv9Pj9Qv4fdGqgfaRAiegTFkVxlw07cb1X7n5N2NGrwoYa7nYhpaaNi94vf3cblwPlFLgOeeK3uCcnlxXXV8VtNnHk5HfwUqvoVqG-glwjiA1RXFK5hq-4kQMZfQ.jpg

15:01 (14:01) novorosinform.org: **Die Ukraine hat einen Raketenangriff auf das Dorf Klimowo in der Region Brjansk gestartet**

Durch den Beschuss wurden sieben Menschen verletzt, darunter eine schwangere Frau und ein Kind. Alle wurden ins Krankenhaus eingeliefert, berichtet TASS.

Ukrainische Militärs beschossen das Dorf Klimowo in der Region Brjansk. Das zentrale Bezirkskrankenhaus berichtete, dass sieben Menschen verletzt wurden, einige davon seien in ernstem Zustand.

„Sieben Personen wurden eingeliefert. Von diesen wurde ein Kind in ernstem Zustand mit einer schwangeren Mutter in das Zentralbezirkskrankenhaus Nowosybkow gebracht. Zwei Erwachsene sind in ernstem Zustand und drei weitere in durchschnittlichem Zustand“, heißt es in dem Bericht.

In diesem Zusammenhang wurde der Unterricht in den Schulen des Bezirks Klimowskij ausgesetzt. Zuvor hatten ukrainische Militante auf einen Grenzkontrollpunkt in der Region Brjansk geschossen.

https://novorosinform.org/content/images/29/41/42941_720x405.jpg

14:16 de.rt.com: **Ankara: Wir befinden uns in einem neuen Kalten Krieg**
Der Konflikt in der Ukraine hat zu einer "neuen Ära des Kalten Krieges" geführt, deren Folgen noch Jahrzehnte andauern könnten, warnte der Pressesprecher des türkischen Präsidenten. Die Lage werde zu einem "neuen Gleichgewicht der Kräfte" führen.
Am Mittwoch gab Ibrahim Kalin, der Pressesprecher des türkischen Präsidenten, auf Twitter eine düstere Prognose für die Zukunft ab, indem er hervorhob, dass sich die Krise in der Ukraine weiter verschärfe. Die Suche nach einem "neuen Gleichgewicht der Kräfte" sowie "kurzfristige Vorteilskalkulationen" würden seiner Meinung nach mittel- und langfristig "große strategische Verluste und menschliche Dramen" verursachen. Er schrieb:
"Wir sind in eine neue Ära des Kalten Krieges eingetreten. Die Auswirkungen dieses Krieges werden Jahrzehnte andauern."
Kalin ist seit 2014 der Pressesprecher des türkischen Staatschefs Recep Tayyip Erdoğan.
Seit dem Beginn des russischen Militäreinsatzes in der Ukraine am 24. Februar hat die Türkei eine "neutrale" Position eingenommen, indem sie auf Friedensgespräche drängte, den Westen vor einer Isolierung Russlands warnte und versuchte, als Vermittler zwischen Moskau und Kiew zu fungieren. Im Gegensatz zu anderen Mitgliedern des von den USA geführten NATO-Blocks lehnte Ankara es ab, Wirtschaftssanktionen gegen Russland zu verhängen, und hielt seine diplomatischen Kanäle zu beiden Seiten offen.
Während in den vergangenen Wochen die Spannungen zwischen Russland und dem Westen dramatisch zugenommen haben, äußerten mehrere Seiten Besorgnis darüber, dass ein "neuer Kalter Krieg" drohen könnte. Während die USA und ihre Verbündeten als Reaktion auf das Vorgehen Russlands in der Ukraine wiederholt eine Isolierung des Landes fordern, erklärte Russlands Präsident Wladimir Putin am Dienstag, dass kein Land heute seine vollständige Vorherrschaft aufrechterhalten könne, da die Welt "viel komplexer geworden ist als zu Zeiten des Kalten Krieges".
Ende März warf der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Wang Wenbin den USA eine "Mentalität des Kalten Krieges und der Blockkonfrontation" vor. Er rief Washington dazu auf, "die Praxis der Schaffung imaginärer Feinde, des Ignorierens der legitimen Sicherheitsbedenken anderer Länder und des Schürens von Blockkonfrontationen" aufzugeben. …

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257d231b480cc54e308f6f7.jpg

15:30 (14:30) novorosinform.org: **Banken unfreundlicher Länder verzögern die Zahlung für russische Energieträger – Putin**
Der russische Präsident Wladimir Putin sagte, dass Partner aus russlandfeindlichen Ländern bald erkennen würden, dass sie ohne russische Energieressourcen, einschließlich Gas, nicht auskommen können.
Putin sagte dies während eines Treffens zur Lage im Öl- und Gassektor, teilt RIA Novosti mit.
Wladimir Putin stellte fest, dass Versuche westlicher Länder, russische Energieversorger zu verdrängen, zwangsläufig die gesamte Weltwirtschaft beeinträchtigen würden.
„Die sogenannten Partner aus unfreundlichen Ländern geben zu, dass sie nicht auf Energieressourcen verzichten können, darunter zum Beispiel Erdgas. Es gibt derzeit einfach keinen vernünftigen Ersatz für Europa. Ja, es ist möglich, aber im Moment fehlt er“, sagte Putin .
Laut dem Präsidenten Russlands verfüge der Markt derzeit über keine freien Mengen, und Lieferungen aus anderen Ländern, wie den Vereinigten Staaten, würden für den Verbraucher sehr teuer sein, was den allgemeinen Lebensstandard und die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft beeinträchtigen würde.
Putin sagte auch, dass die Banken unfreundlicher Länder die Zahlung russischer Energieressourcen verzögern. Im Gegenzug sollte Russland angesichts eines Rückgangs der Energielieferungen ins Ausland die Lieferungen an den Inlandsmarkt erhöhen und die Preise senken, bemerkte der russische Präsident.

https://novorosinform.org/content/images/29/42/42942_720x405.jpg

14:35 de.rt.com: **Medienberichte: USA geben der Ukraine Informationen für Angriffe auf die Krim**
Wie es in US-Presseberichten vom Mittwoch heißt, hätten die USA ihr Engagement in der

Ukraine-Krise durch die Lieferung schwerer Waffen an Kiew ausgeweitet und beschlossen, Geheimdienstberichte zu liefern, die die ukrainischen Streitkräfte für Angriffe auf Ziele auf der Krim benötigen.
"Während sich der Konflikt weiterentwickelt, passen wir uns weiter an, um sicherzustellen, dass die Betreiber die Flexibilität haben, detaillierte und rechtzeitige Informationen mit den Ukrainern zu teilen",
sagte ein US-Geheimdienstmitarbeiter dem Wall Street Journal über die Änderung der Politik. Die Zeitung berichtet, Washington wolle den Informationsaustausch mit der Ukraine "erheblich ausweiten", werde aber "keine Informationen bereitstellen, die es den Ukrainern ermöglichen würden, Ziele auf russischem Territorium anzugreifen". In dem Bericht, der von der New York Times bestätigt wurde, wurde die Krim ausdrücklich als von der neuen Politik betroffen erwähnt.
Am Mittwoch hatte das russische Verteidigungsministerium erklärt, dass fortgesetzte ukrainische Versuche, Ziele auf russischem Territorium anzugreifen, es zu einer Eskalation der Feindseligkeiten veranlassen könnten. Vor allem "Entscheidungszentren" in Kiew könnten angegriffen werden, warnte das Ministerium. Seit Beginn der Offensive Moskaus in der Ukraine wurden mehrere Zwischenfälle mit ukrainischen Angriffen auf russisches Territorium gemeldet.

15:59 (14:59) novorosinform.org: **Drohnen, die zum Versprühen von Substanzen ausgerüstet waren, wurden in der Region Cherson gefunden - Verteidigungsministerium der Russischen Föderation**
Das russische Verteidigungsministerium berichtete im Zusammenhang mit dem Problem der biologischen Labors in der Ukraine, dass 3 Drohnen mit 30-Liter-Behältern und Sprühgeräten in der Nähe von Cherson gefunden wurden.
Nach Angaben der Agentur fanden russische Geheimdienstoffiziere am 9. März in der Region Cherson drei Drohnen mit 30-Liter-Behältern, die mit Sprühgeräten ausgestattet waren. Das berichtet RIA Novosti.
Das Verteidigungsministerium der Russischen Föderation stellte fest, dass die Abteilung über Daten verfügt, wonach Kiew im Januar dieses Jahres mit Hilfe von Zwischenorganisationen mehr als 50 solcher Geräte gekauft hat, die in der Lage sind, Substanzen von Drohnen zu versprühen.

15:00 de.rt.com: **Ukrainische Vize-Regierungschefin meldet vierten Gefangenenaustausch zwischen Moskau und Kiew**
Die stellvertretende Ministerpräsidentin der Ukraine Irina Wereschtschuk hat mitgeteilt, dass am Donnerstag ein weiterer Austausch von Kriegsgefangenen mit Russland stattgefunden habe. In den sozialen Netzwerken schrieb sie:
"Auf Anweisung von Präsident Selenskij hat heute ein weiterer, vierter Austausch von Kriegsgefangenen stattgefunden."
Wereschtschuk zufolge wurden 30 ukrainische Staatsbürger freigelassen. Dabei soll es sich um 17 Soldaten, fünf Offiziere sowie acht Zivilisten, darunter eine Frau, handeln.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/625814feb480cc41746a5dc6.jpg

15:25 de.rt.com: **Moldawisches Parlament verbietet St.-Georgs-Bänder**
Wie RIA Nowosti meldet, hat das moldawische Parlament ein Verbot von St.-Georgs-Bändern und der Symbole V und Z gebilligt, wie Parlamentspräsident Igor Grosu mitteilte.
"Der Gesetzentwurf wurde in der letzten Lesung von 53 Abgeordneten angenommen", sagte er. Laut der Vorsitzenden des parlamentarischen Rechtsausschusses, Olesja Stamata, ist das Verbot notwendig, weil diese Symbole "zur Förderung des Krieges in der Ukraine" verwendet würden. Sie fügte hinzu, dass dies nicht für das St.-Georgs-Band gilt, wenn es Teil einer Auszeichnung ist.
Abgeordnete der Kommunistischen Partei hatten versucht, die Tribüne zu blockieren, indem sie ein Transparent entrollten, auf dem gefordert wurde, das St.-Georgs-Band als Symbol nicht anzutasten. Der ehemalige moldawische Präsident Wladimir Woronin sagte, er schäme sich dafür, dass die Symbole des Sieges im Großen Vaterländischen Krieg in Moldawien verboten wurden.
Nach den Änderungen des Strafgesetzbuches wird die Herstellung, Verbreitung, Lagerung und öffentliche Verwendung von "bekannten Attributen und Symbolen, die im Zusammenhang mit militärischen Angriffen verwendet werden", mit Geldstrafen oder gemeinnütziger Arbeit geahndet. Privatpersonen müssen für das Tragen eines St.-Georgs-Bandes zwischen 245 und 490 Dollar zahlen, Beamte zwischen 490 und 980 Dollar und juristische Personen zwischen 490 und 1.630 Dollar.
Das St.-Georgs-Band, bestehend aus drei schwarzen und zwei orangefarbenen Streifen, war und ist ein fester Bestandteil vieler militärischer Auszeichnungen des Russischen Reiches, der UdSSR und Russlands. Seit 2005 ist es auf Initiative von RIA Nowosti eines der Symbole des Tages des Sieges.
Im Jahr 2014, zu Beginn des bewaffneten Konflikts in der Ostukraine, wurde das Band von Milizionären und Freiwilligen verwendet, die auf Seiten der DVR und der LVR gegen die ukrainischen Sicherheitskräfte kämpften. Die lateinischen Buchstaben Z und V sind seit dem 24. Februar 2022 auf den Seiten der an der Militäroperation in der Ukraine beteiligten russischen Militärausrüstung zu sehen. In Russland ist der Buchstabe Z bereits zu einem inoffiziellen Symbol für die Unterstützung der Sonderoperation geworden.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625816aa48fbef146b7f794e.jpg

16:31 de.rt.com: **Russland: "NATO-Waffenkonvois in der Ukraine sind legitime Ziele"**
Der russische Vizeaußenminister Sergej Rjabkow hat in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview bekräftigt, dass Konvois, die Waffen aus NATO-Staaten in die Ukraine liefern, als legitime Ziele für das russische Militär betrachtet werden. Das gelte, sobald sie das von Kiew kontrollierte Gebiet erreichen.
Russland wird Konvois, die Waffen aus NATO-Staaten in die Ukraine liefern, als legitime Ziele für sein Militär betrachten, sobald sie das von Kiew kontrollierte Gebiet erreichen, warnte Vizeaußenminister Sergei Rjabkow in einem am Mittwoch veröffentlichten Interview. Ein regulärer Kontakt mit den USA sei für Russland angesichts der "unverhohlenen Unterstützung Washingtons für die militaristischen Absichten des Kiewer Regimes [und] die Lieferung moderner Waffen" durch NATO-Mitglieder in das Land unmöglich, erklärte der Diplomat. Ein Anliegen Moskaus sei es nun, den USA und ihren Verbündeten unmissverständlich klarzumachen, dass Russland mit harten Mitteln auf Versuche reagieren werde, das russische Militär in der Ukraine zu behindern. Rjabkow sagte:
"Wir warnen davor, dass US-NATO-Transporte, die Waffen über ukrainisches Gebiet transportieren, als legitime militärische Ziele betrachtet werden."
Moskau hat diese Position seit den ersten Tagen des Krieges in der Ukraine beibehalten. In dieser Woche meldete das russische Verteidigungsministerium die Zerstörung von vier Abschussvorrichtungen der Batterie eines S-300-Luftverteidigungssystems, die von einem nicht genannten europäischen Land an die Ukraine geliefert wurden.
Es wurde vermutet, dass die fraglichen Waffen aus der Slowakei stammen, wo letzte Woche angekündigt wurde, der Ukraine eine S-300-Batterie zu schenken. Der slowakische Ministerpräsident Eduard Heger bezeichnete die russische Behauptung als "Propaganda" und verwies auf ein Dementi zu dem Bericht durch Kiew.
In einem Interview mit der Nachrichtenagentur TASS sagte Rjabkow, Washington weigere sich de facto, klare Antworten auf die vom Pentagon finanzierten Biolabore in der Ukraine zu geben. Moskau und China äußerten die Befürchtung, dass die Labore für die Biowaffenforschung genutzt würden – eine Behauptung, die von US-Beamten umgehend zurückgewiesen wurde. Das Ausbleiben einer angemessenen Antwort auf berechtigte Fragen jedoch "bestätigt, dass unsere Bedenken begründet sind", so der russische Diplomat weiter.
Rjabkow erklärte, dass alle Gespräche zwischen Russland und den USA über strategische Stabilität und nukleare Abschreckung eingefroren worden seien. Das Abrüstungsabkommen "New START" – der letzte Vertrag über die Reduzierung der Nuklearwaffen, der die beiden Nationen seit dem Kalten Krieg noch bindet – wird bis Februar 2026 in Kraft bleiben, sagte er.
Der hochrangige russische Diplomat fügte hinzu, dass die US-amerikanischen Versuche,

Russland durch Wirtschaftssanktionen zu schaden, ihr Ziel verfehlt hätten, entgegen der "Erwartung, dass die Russen aufgeben würden, wovon sich der Westen überzeugt hat". Die Restriktionen schadeten auch den westlichen Nationen und Unternehmen, betonte er. Und obwohl sie die Entwicklung Russlands verlangsamen könnten, würden sie diese langfristig nicht aufhalten können, versicherte Rjabkow, und er ergänzte, in Washington, D.C. sei man darüber irritiert, dass sich Russland "in ruhiger Konzentration" der Stabilisierung seiner Wirtschaft und der Sicherstellung ihres nachhaltigen Funktionierens widme.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257ce96b480cc564f234073.jpg

16:40 de.rt.com: **Russisches Verteidigungsministerium nennt westliche Betreiber ukrainischer Biolabore**

Das russische Militär hat die Namen US-amerikanischer und europäischer Mitarbeiter des ukrainischen Wissenschafts- und Technologiezentrums (USTC) erfahren, die im Interesse des US-Militärs und des biologischen Programms geforscht haben, so Igor Kirillow, Leiter der ABC-Abwehrtruppen der russischen Streitkräfte.

"Der Posten des Exekutivdirektors des USTC wird vom US-amerikanischen Staatsbürger Curtis Belayach bekleidet. Er wurde am 27. August 1968 in Kalifornien geboren und studierte an der Anderson University of Management in Kalifornien. Er ist Absolvent der University of California Anderson School of Management. Er hat einen Master-Abschluss in internationalen Finanzen und ist seit 1994 in der Ukraine tätig", so der Generalleutnant.

Eddie Arthur Mayer ist der Vorsitzende des USTC-Verwaltungsrats im Namen der Europäischen Union. Auf US-Seite wird das Zentrum von Phil Dolliff geleitet, der im Außenministerium als stellvertretender Staatssekretär für internationale Sicherheit und Programme zur Nichtverbreitung von Massenvernichtungswaffen zuständig ist.

Kirillow betonte, dass Dokumente, die dem Verteidigungsministerium vorliegen, die Verbindungen der USTC zum Pentagon durch Black & Veatch, einen wichtigen Auftragnehmer des US-Militärs, bestätigen. Insbesondere liegt Moskau ein Schreiben des Vizepräsidenten des Unternehmens, Matthew Webber, vor, in dem er seine Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit dem USTC im Bereich der militärischen und biologischen Forschung in der Ukraine zum Ausdruck bringt. Seit 2014 schloss das USTC mehr als 500 Projekte in der Ukraine, Georgien, Moldau und Aserbaidschan ab.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258220fb480cc2e6616bb54.jpg

17:10 de.rt.com: **Russisches Ermittlungskomitee: Zwei ukrainische Hubschrauber für Luftangriff im russischen Grenzgebiet verantwortlich**
Zwei mit schweren Waffen ausgerüstete ukrainische Hubschrauber haben den russischen Luftraum verletzt und ein bewohntes Gebiet im russischen Gebiet Brjansk beschossen, teilte das russische Ermittlungskomitee im Zusammenhang mit dem Vorfall im Dorf Klimowo nahe der ukrainischen Grenze mit. Aus einer Mitteilung der Behörde auf Telegram geht ferner hervor:
"Sie bewegten sich in geringer Höhe und führten mindestens sechs Luftangriffe auf Wohnhäuser im Dorf Klimowo im Kreis Klimowski des Gebiets Brjansk vorsätzlich durch."
Beim Angriff am Donnerstag wurden nach Angaben lokaler Behörden sieben Menschen verletzt. Mindestens sechs Häuser in der Siedlung wurden durch direkte Treffer und Explosionen von Geschossen beschädigt.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/original/62582d7048fbef155a61137a.jpg

17:31 de.rt.com: **Satanowski über Steinmeier: "Staatschef des Landes, das uns zum dritten Mal in 100 Jahren überfällt"**
Jewgeni Satanowski, strategischer Denker und Berater der russischen

Verteidigungsministeriums, hat die Ausladung Steinmeiers durch Kiew zum Anlass genommen, an die Rolle Deutschlands in der Region, die Gefahr eines neuen Weltkrieges und die Rolle Putins zu erinnern.

Die diplomatische Ohrfeige für Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, die ihm das offizielle Kiew mit der Erklärung verpasst hatte, man wolle seine Teilnahme am Besuch der vier baltischen und osteuropäischen Staatschefs nicht, blieb auch in Russland nicht unkommentiert.

Der scharfzüngige Politik- und Nahostexperte Jewgeni Satanowski wunderte sich auf seinem Telegram-Kanal insbesondere über die Gründe, die den ukrainischen Präsidenten Wladimir Selenskij zu diesem Affront verleitet hatten. Selenskij hatte Steinmeier zu enge Kontakte zu Russland und ein besonderes Engagement für die Gaspipeline Nord Stream 2 unterstellt. Satanowski äußert diesbezüglich Zweifel:

"Der deutsche Bundespräsident (...) machte einige Aussagen, die starke Zweifel an seinen Sympathien für unser Land und seine Führung aufkommen lassen. Es redete bereits von der Unmöglichkeit, die Beziehungen zwischen Deutschland und Russland unter Putin zu normalisieren, und von der Notwendigkeit, 'Russlands Verbrechen in der Ukraine' (?!) zu untersuchen, und vieles mehr."

Der Experte und Publizist erinnerte daran, dass Steinmeier Staatschef eines Landes ist, das 2013/2014 "zum bereits dritten Mal in den letzten 100 Jahren in die Ukraine einmarschierte, gepanzerte Fahrzeuge und andere Waffen und Ausrüstungen lieferte und deutschen 'Freiwilligen' oder einfach Neonazis, die zum Vergnügen auf Russen schießen wollten, den Zugang zu den ukrainischen Sicherheitskräften eröffnete".

Die Parallelen zu den beiden Weltkriegen, als Deutschland und die Deutschen schon mal in der Ukraine waren und dort im Bündnis mit lokalen Nationalisten gegen Russland kämpften, könne selbst Steinmeier nicht übersehen, argumentiert Satanowski.

"Das erste Mal gegen das Russische Reich für den Kaiser, das zweite Mal gegen die Sowjetunion für den Führer. (...) Es ist bekannt, dass Gott die Dreifaltigkeit liebt, aber nicht in diesem Ausmaß! Wurde er (Steinmeier) durch das Ergebnis des Vertrags von Brest inspiriert?"

Das deutsche Kalkül, sich zum dritten Mal und diesmal erfolgreich an der Kolonialisierung der Ukraine zu versuchen, werde aber nicht aufgehen:

"Putin ist nicht Lenin, und die Russische Föderation im April 2022 unterscheidet sich stark von Sowjetrussland im März 1918. Und kein deutscher Generalstab kann hier heute eine Revolution provozieren. Das eine Mal hat uns gereicht. (...) Nein, es ist klar, dass die Deutschen damals auch gegen die Briten und die Amerikaner Krieg führten, und jetzt sind sie alle sich in Bezug auf Moskau völlig einig. (...) Bedenken müsse man jedoch, dass ein Dritter Weltkrieg für Europa, insbesondere für Großbritannien und Deutschland, schneller enden kann, als sie ihn beginnen können. Die Ergebnisse eines Dritten Weltkriegs, der sich vom derzeitigen Stellvertreterkrieg einer mit westlichen Waffen vollgepumpten und von NATO-Söldnern und -Militärs gegen Russland aufgeheizten Ukraine zu einem direkten Schlagabtausch zwischen Moskau und der westlichen Welt entwickelt, dürfte dort kaum jemanden erfreuen."

Der Garant dafür, dass dies noch nicht geschehen ist und ein Katastrophenszenario bislang vermieden werden konnte, ist nach Auffassung des Politik- und Sicherheitsexperten "derselbe Putin, unter dem Steinmeier keine Möglichkeit einer Normalisierung der Beziehungen zu Russland sieht". Jeder andere russische Politiker mit Chancen auf das höchste Amt im Land hätte wohl weitaus weniger Geduld mit dem Westen gehabt und längst radikaler gehandelt.

Dass ein Nachfolger Putins die Beziehungen zwischen Russland und dem Westen normalisieren könne, hält Satanowski für unwahrscheinlich. Es gibt in Russlands Elite niemanden, der dem Westen, Europa im Allgemeinen und Deutschland im Besonderen positiver gegenübersteht als Putin. "Vor allem nach allem, was die Führer der westlichen Welt in den letzten zehn Jahren im postsowjetischen Raum verbockt haben", können sie keine

positive Einstellung zu sich und ihren Ländern erwarten, betont der Experte. Das verstehe man im Westen nicht und setze darum die "idiotischen und zum Scheitern verurteilten Versuche" fort, Putin zu stürzen, was seine Position im Lande nur stärke.
Der 1959 geborene Satanowski ist einer der führenden Experten für Geopolitik und internationale Sicherheit in Russland mit Einfluss auf die Entscheidungsprozesse in den obersten Etagen. Er war einer der Ersten, der vor etwa zwei Jahren Kritik an dem damals nur auf eine diplomatische Lösung orientierten Kurs des Kreml äußerte und damit nach Meinung von Beobachtern einen der Impulse für den Kurswechsel setzte.
Satanowski war nach eigenem Bekunden ab 1982 mit islamistischem Extremismus für den KGB befasst. Seit 1993 leitet er das Institut des Nahen Ostens, eines der führenden Thinktanks in Russland, promovierte und habilitierte in der Folgezeit. Satanowski war Mitbegründer und viele Jahre Präsident des Russischen Jüdischen Komitees. Seit 2019 gehört er einem Beratergremium des Verteidigungsministeriums an.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625805c6b480cc2e6616bb29.jpg

18:33 (17:33) novorosinform.org: **Streitkräfte der Ukraine beschossen die Siedlung Spodarjuscheno im Gebiet Belgorod**
Der Gouverneur der Region Belgorod, Wjatscheslaw Gladkow, teilte auf seinem Telegram-Kanal mit, dass das ukrainische Militär die Siedlung Spodarjuscheno beschossen habe. Opfer oder Verletzte habe es jedoch nicht gegeben.
"Heute war es im Stadtgebiet von Graiworon unruhig. Die Siedlung Spodarjuscheno wurde von der Ukraine beschossen. Es gab keine Opfer oder Verletzten unter der Zivilbevölkerung", schrieb Gladkow.
Der Gouverneur ergänzte, dass infolge des Beschusses der Streitkräfte der Ukraine Wohngebäude und Infrastruktureinrichtungen nicht beschädigt wurden, es sei jedoch beschlossen worden, die Bewohner der Siedlungen Spodarjuscheno und Besymeno an andere Orte zu bringen. Wie Gladkow feststellte, werden sie (Gemeint sind vermutlich die evakuierten Siedlungen – A.d.Ü.) vorübergehend von Freiwilligen und Kosaken bewacht.

https://novorosinform.org/content/images/29/48/42948_720x405.jpg

Telegram-Kanal des Stabs der Territorialverteidigung der DVR: **Abendbericht des Stabs der Territorialverteidigung der DVR am 14. April 2022**
Die Behörden der DVR führen weiter vorrangige **Maßnahmen zum Wiederaufbau des sozial-humanitären Bereichs** durch.
Kommunikationstechniker haben gemeinsam mit dem Zivilschutzministerium der DVR die Hochspannungsleitung Sarja – Pawlopolskaja kontrolliert.
In Talakowka, Gnutowo, Tschernenko, Sartana, Kalinowo und Wolnowacha wurden Renten und Sozialzahlungen ausgezahlt.
Mitarbeiter des Gesundheitsministeriums der DVR registroeren in den befreiten Gebieten weiter Bürger. Mehr als 1150 Patienten wurden qualifiziert medizinisch behandelt.
Eine **Busroute von Donezk nach Wolnowacha** über Jelenowka, Dokutschajews, Nikolajewka und Bugas wurde eingerichtet.
Kräfte des Zivilschutzministeriums der DVR haben auf den befreiten Territorien mehr als 3,5 Hektar untersucht, 68 explosive Objekte entschärft und humanitäre Hilfe ausgegeben.
30 Tonnen Wasser und mehr als 6 Tonnen Brot wurden nach Mariupol geliefert.
In 9 Ortschaften wurden mobile Verkaufseinrichtungen organisiert.
Die **Verwaltungen der Bezirke** nehmen weiter Mitteilungen über Probleme und den Bedarf der Bevölkerung in den befreiten Ortschaften an. Die Arbeiten zum Wiederaufbau der Lebenserhaltungssysteme gehen weiter.
Das **Innenministerium und die Militärkommandantur** der DVR überprüfen weiter Ausweise und gewährleisten den Schutz der öffentlichen Ordnung in allen befreiten Ortschaften.
Wir bitten die Einwohner der DVR ihre Aufmerksamkeit besonders auf das Erscheinen folgender Personen in Ortschaften zu richten:
- Personen, die sich leerstehenden Gebäuden einrichten;
- die sich vor Ort schlecht orientieren;
- die sich Gespräche mit den örtlichen Einwohnern entziehen;
- die eine für die Ortschaft ungewöhnliche Sprache haben;
- sich in kleinen Gruppen in der Nachtzeit bewegen;
- die in offensichtlich nicht zusammenpassende Kleidungsstücke oder von der Größe offensichtlich nicht passende Kleidung gekleidet sind;
- die sich an örtliche Einwohner mit ungewöhnlichen Bitten wenden (die Bezeichnung der Ortschaft zu nennen, ein Telefon für einen Anruf zu leihen, für Waren und Dienstleistungen in ukrainischen Griwna oder anderen ausländischen Währungen zu zahlen u.s.w.).
Bei derartigen Informationen bitten wir darum, sich an die folgenden Nummern des Staatssicherheitsministeriums zu wenden.

17:59 de.rt.com: C**hina über "Genozid"-Aussage Bidens: USA sollen nicht weiter Öl ins Feuer gießen**

Der US-amerikanische Präsident hatte jüngst Russland vorgeworfen, einen Völkermord in der Ukraine anzustreben. Diese These lehnte Peking ab und verwies stattdessen auf die Verpflichtung Washingtons, sich um Deeskalation zu bemühen.

Peking hat die internationale Gemeinschaft, einschließlich US-Präsident Joe Biden, dazu aufgerufen, zur Deeskalation des Ukraine-Konfliktes beizutragen, statt ihn mit Spekulationen über einen angeblichen "Genozid" weiter anzuheizen. Dies berichtet die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua unter Berufung auf Aussagen des Sprechers des chinesischen Außenministeriums Zhao Lijian.

Auf die Frage eines westlichen Journalisten, was die chinesische Regierung über die jüngsten Aussagen des US-Präsidenten über einen angeblichen "Genozid" durch russische Truppen denke, antwortete Zhao, der Konflikt müsse so schnell wie möglich beenden werden, um eine große humanitäre Krise zu vermeiden. Der chinesische Diplomat fügte hinzu:

"Alle Bemühungen der internationalen Gemeinschaft sollten auf Deeskalation abzielen. Es gibt keinen Grund, Öl ins Feuer zu gießen."

Zhao bekräftigte zudem, dass der Ukraine-Konflikt mit diplomatischen Mitteln beendet werden müsse. Der chinesische Sprecher rief alle Parteien zur Zurückhaltung auf:

"Das Wichtigste ist jetzt, dass alle Beteiligten ruhig und zurückhaltend bleiben."

Am Dienstag hatte Biden dem russischen Präsidenten Wladimir Putin bei einer öffentlichen Veranstaltung vorgeworfen, einen "Genozid" in der Ukraine durchführen zu wollen. Später bekräftigte er seine Aussage:

"Ja, ich habe es Völkermord genannt. Es wird immer deutlicher, dass Putin einfach nur versucht, die Idee auszulöschen, überhaupt Ukrainer zu sein – sein zu können."

Zhao erklärte am Dienstag, dass die Ukraine-Frage gezeigt habe, wozu die Vereinigten Staaten bereit seien, um ihre Hegemonie zu erhalten. Es sei die Achse der Vereinigten Staaten und der NATO gewesen, die die Spannungen bezüglich der Ukraine zu einem Bruchpunkt getrieben habe. Statt praktische Schritte zu unternehmen, um die Spannungen abzubauen, hätten die Vereinigten Staaten stets weiter Öl ins Feuer gegossen, Spannungen eskaliert und andere Staaten dazu gedrängt, im Konflikt Partei zu ergreifen.

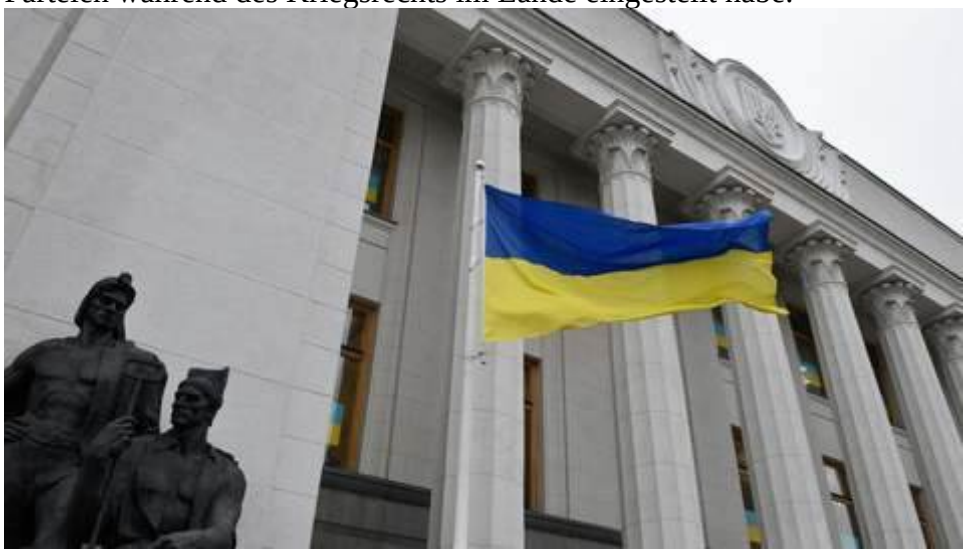
Washington habe in diesem Kontext versucht, Desinformation über China zu verbreiten und die konsequente Position Chinas für die Ermöglichung von Friedensgesprächen in Misskredit zu bringen. Die USA versuchten, die Verantwortung für den Konflikt anderen zuzuschieben, Konfrontationen anzuheizen, von der aktuellen Lage zu profitieren sowie ihre Pläne zu verwirklichen, Russland und China gleichzeitig zu unterdrücken.

Unter dem Deckmantel von Demokratie, Freiheit und Menschenrechten zettele Washington "Farbrevolutionen" an, die zu regionale Konflikte führten. Zudem kritisierte Zhao die von den USA verhängten einseitigen, völkerrechtswidrigen Sanktionen. Die Aktionen der USA widersprächen dem allgemeinen Trend der heutigen Welt zu Frieden und Entwicklung, sodass Washington zunehmend auf den Widerstand der internationalen Gemeinschaft stoße.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6257fc02b480cc2ca82dff1d.jpg

abends:

18:10 de.rt.com: **Ukraine suspendiert Tätigkeit der Fraktion der "Oppositionsplattform – Für das Leben" im Parlament**
Der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine hat die Tätigkeit der Oppositionsplattform – Für das Leben im Parlament (Werchowna Rada) ausgesetzt. Ihr Leiter, Wiktor Medwedtschuk, wurde vor Kurzem festgenommen.
Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskij hatte zuvor erklärt, dass der Nationale Sicherheits- und Verteidigungsrat der Ukraine die Aktivitäten einer Reihe von politischen Parteien während des Kriegsrechts im Lande eingestellt habe.


https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/625837e548fbef1bd13e2649.jpg

armiyadnr.su: **Erklärung des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der DVR über die Lage um 19:00 Uhr am 14.4.22**
Seit Beginn des heutigen Tages hat der Gegner mehr als 100 Artillerie- und Mörsergeschosse mit, Mehrfachraketenwerfern BM-21 „Grad“ und 152mm- und 122mm-Rohrartillerie **abgefeuert**.
Unter Beschuss gerieten die Gebiete von **3 Ortschaften** der Republik. Infolge der ukrainischen Aggression wurden **starb ein Zivilist, 3 wurden verletzt**. 26 Wohnhäuser, 3 zivile Infrastrukturobjekte und ein Fahrzeug wurden beschädigt.

Die Materialien zu Tod und Verletzung von Zivilisten sowie zur Beschädigung von Infrastruktur werden an die Vertreter der internationalen Organisationen sowie an die Generalstaatsanwaltschaft der DVR übergeben, um sie den Strafverfahren gegen das Kommando der ukrainischen Streitkräfte hinzuzufügen.
Soldaten der Donezker Volksrepublik befreien gemeinsam mit den Streitkräfte der Russischen Föderation weiter Ortschaften unserer Republik von den ukrainischen Besatzern.
Seit Beginn des heutigen Tages haben unsere Soldaten 46 ukrainische Nationalisten, eine Feuerposition eines 120mm-Mörsers, ein Abwehrgeschütz SU-23-2, einen Schützenpanzer und 2 Panzerfahrzeuge vernichtet. Ein Schützenpanzer und 2 Lastwagen wurden erbeutet.
Mit Trauer teilen wir mit, dass in den letzten 24 Stunden 5 Verteidiger der Donezker Volksrepublik im Kampf für die Unabhängigkeit bei der Ausführung ihrer militärischen Pflicht **starben, 12 wurden verletzt**.
Wir sprechen den Verwandten und Freunden der Toten unser aufrichtiges Mitgefühl aus.
Gesondert will ich auf die Verteidiger der Donezker Volksrepublik eingehen, deren Mut und Kühnheit im Kampf gegen die ukrainischen Nationalisten zu einem Vorbild für zukünftige Generationen werden.
Am 28. Februar 2022 entdeckte Gardeunterfeldwebel Artjom Wladimirowitsch Sacharow, der sich in einer Sturmgruppe befand, bei der Befreiung von Nikolajewka eine Gruppe des Gegners, die sich in einem privaten Haus versteckte. Gardeunterfeldwebel Sacharow handelte mutig und entschieden und trat mit den Nationalisten in einen Kampf ein. Er wechselte sachkundig die Feuerpositionen und erkämpfte trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners eine Feuerüberlegenheit und vernichtete vier Kämpfer und vernichtete Feuerpunkte des Gegners. Nachdem er sich mit der Hauptgruppe vereinigt hatte, setzte er das Vordringen in die Tiefe der Ortschaft fort. Bei der Untersuchung von verlassenen Positionen des Gegners entdeckte er ein Munitionslager, das von Nationalisten vermint worden war. Dank seiner Fertigkeiten und seines hohen persönlichen Verantwortungsbewusstseins führte er persönlich die Entminung durch, um Verluste unter dem Personal seiner Einheit zu verhindern.

19:39 (18:39) novorosinform.org: **Das Dorf Shurawlewka in der Region Belgorod wurde von den Streitkräften der Ukraine beschossen**
Der Gouverneur der Region Belgorod Wjatscheslaw Gladkow gab den Beschuss des Dorfes Shurawlewka aus der Ukraine und Schäden durch Granaten an Wohngebäuden bekannt.
Der Leiter der Region schrieb darüber in seinem Telegram-Kanal.
„Es gab Beschuss von der ukrainischen Seite auf unser Dorf Shurawlewka. Es gibt Schäden an Wohngebäuden, sozialen Einrichtungen. Es gibt keine Informationen über Opfer oder Verletzte“, schrieb Gladkow.
Er stellte fest, dass in dieser Siedlung zuvor der Ausnahmezustand ausgerufen und die Bevölkerung des Dorfes evakuiert worden war.
Der Leiter der Region fügte hinzu, dass dies vorerst alle Informationen seien und weitere Einzelheiten nach Abschluss einer detaillierten Untersuchung des unter Beschuss geratenen Gebiets bekanntgegeben würden.

https://novorosinform.org/content/images/29/57/42957_720x405.jpg

18:50 de.rt.com: **Gedenkmarsch "Unsterbliches Regiment" dieses Jahr wieder im traditionellen Format**
Der jährliche Gedenkmarsch "Unsterbliches Regiment" findet dieses Jahr am 9. Mai wieder im traditionellen Format statt, berichtet die russische Agentur RIA Nowosti. In den vergangenen zwei Jahren wurde die Veranstaltung pandemiebedingt im Online-Format abgehalten.
Nach zwei Jahren Online-Format darf der jährliche Gedenkmarsch "Unsterbliches Regiment" in Russland wieder auf die Straßen: Dabei ziehen Menschen mit Fotos ihrer Verwandten, die im Zweiten Weltkrieg gekämpft haben, durch die Stadt. Ziel der Bewegung ist es, die Kriegsveteranen auch über deren Tod hinaus lebendig zu halten.
Die Idee entstand im Jahr 2012 als "Graswurzelinitiative" in Tomsk. Seitdem findet der Gedenkmarsch jährlich am Tag des Sieges in Russland sowie im Ausland statt. Die Organisatoren betonten, dass die Veranstaltung dieses Jahr auch in der Ukraine stattfinden könne, sofern die Bevölkerung dies wünsche und die Sicherheit aller Teilnehmer gewährleistet werde.
Kremlsprecher Dmitri Peskow sagte Anfang März, dass die Militärparade dieses Jahr wie gewohnt am 9. Mai auf dem Roten Platz stattfinden wird. Ob auch das Militär der Volksrepubliken Donezk und Lugansk an der Siegesparade teilnehmen wird, ist noch unklar.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62580ae0b480cc2ca82dff30.jpg

19:40 de.rt.com: **Ukrainische Politikerin fordert westliche Länder auf, die Staatsschulden der Ukraine zu streichen**
Die ehemalige ukrainische Ministerpräsidentin und Vorsitzende der Partei "Vaterland" Julia

Timoschenko hat die westlichen Länder aufgefordert, die Staatsschulden der Ukraine zu streichen und die im Westen eingefrorenen Gelder aus Russland dem Haushalt des Landes zu übertragen.
"Ein angemessener und vernünftiger Prozess der Verhandlungen über die Umstrukturierung der ukrainischen Auslandsschulden sollte unverzüglich eingeleitet werden. Die internationalen Organisationen – IWF, Weltbank – sollen diese Schulden abschreiben."

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62584b7cb480cc2d4a48042b.jpg

20:52 (19:52) novorosinform.org: **Achmed Dudajew gab die Liquidierung eines Vertreters der US-Sonderdienste im Donbass bekannt**
Der Minister der Tschetschenischen Republik, Achmed Dudajew, veröffentlichte auf seinem Telegram-Kanal ein Video, in dem er den Pass eines von tschetschenischen Kämpfern liquidierten Vertreters der amerikanischen Sonderdienste zeigte.
Dudayev erklärte, dass Vertreter der US-Geheimdienste die Zivilbevölkerung von Donbass vernichten.
"Vertreter der amerikanischen Geheimdienste, die jetzt auf dem Territorium des Donbass arbeiten, sind an der Vernichtung der Zivilbevölkerung beteiligt - Menschen, die bereit sind, bis zum letzten Ukrainer zu kämpfen", meint Dudajew.

https://novorosinform.org/content/images/29/60/42960_720x405.jpg

20:10 de.rt.com: **Petition für Ausweisung des ukrainischen Botschafters aus Deutschland sammelt 22.000 Unterschriften**
Eine Petition, die die Ausweisung des ukrainischen Botschafters Andrei Melnik aus Deutschland fordert, hat mittlerweile mehr als 22.481 Unterschriften gesammelt. Die Verfasser des Aufrufs sind der Ansicht, dass Melniks Äußerungen gegen die diplomatische Ethik verstoßen. Wörtlich heißt es:
"Herr Melnyk hat inzwischen den Bogen überspannt. Was einst noch ein mutiges Auftreten

eines ukrainischen Botschafters war, ist jetzt zur Hetze gegen die deutsche Politik verkommen. Seine Aussagen erweisen sich als undankbar und haltlos gegenüber der deutschen Bevölkerung."
Wie in der Petition hervorgehoben wird, würden Melniks Forderungen außerdem zu einer Wirtschaftskrise in der BRD oder zu einer aktiven Beteiligung der NATO an den Kämpfen in der Ukraine führen.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/62585218b480cc2e293cd3cf.jpg

20:15 de.rt.com: **Verfassungsschutz warnt vor "nicht überprüfbaren Behauptungen" durch russische Botschaft**
Das Bundesamt für Verfassungsschutz warnt vor vermeintlichen Falschnachrichten durch die russische Botschaft seit Beginn des Ukrainekriegs. Der Inlandsgeheimdienst sorgt sich um die Folgen für die innere Sicherheit der Bundesrepublik.
Das Bundesamt für Verfassungsschutz sorgt sich aufgrund der Verbreitung von angeblichen Falschnachrichten durch die russische Botschaft um die innere Sicherheit der Bundesrepublik. Im aktuellen Sicherheitshinweis der Behörde zum Krieg in der Ukraine behauptet diese, Moskaus Auslandsvertretung überhöhe auf ihrer Homepage und in den sozialen Netzwerken "offenbar bewusst" das tatsächliche Ausmaß von Übergriffen und Diskriminierung russischstämmiger Menschen in Deutschland und greife dabei auf "nicht überprüfbare Behauptungen" zurück.
Dies könne dazu beitragen, "die ohnehin emotional aufgeladene gesellschaftliche Situation, insbesondere innerhalb der russischen und ukrainischen Communitys in Deutschland, zusätzlich anzuheizen". Der Inlandsgeheimdienst wies auch darauf hin, dass Aktionen wie der Autokorso durch Berlin, der sich gegen die Diskriminierung russisch sprechender Menschen wandte, sowie Berichte und Bilder von Kriegsverbrechen für "zusätzliche Spannungen" sorgen könnten. Zuvor hatte das Handelsblatt über die Warnungen des Verfassungsschutzes berichtet.
Die russische Botschaft hat auf ihrer Homepage ein "SOS"-E-Mail-Postfach eingerichtet, welches der "massenhaften Mitteilungen in Deutschland lebender russischsprachiger Bürgerinnen und Bürger geschuldet" sei, "die von Diskriminierungen wegen Nationalität und Sprache berichten und vielfach um Unterstützung und Schutz bitten". Nach Darstellung der ständigen Vertretung wurden "verbale Übergriffe, Drohungen, physische Gewalt, Mobbing an Bildungseinrichtungen, Sachbeschädigung, Verweigerung von Dienstleistungen, einschließlich medizinischer Versorgung" gemeldet und auf der Website unter dem Hashtag #StopHatingRussians veröffentlicht.
Auch Mitglieder der Grünen und der FDP griffen die Vorwürfe des Verfassungsschutzes auf: So erklärte Konstantin von Notz (Bündnis90/Die Grünen) dem Handelsblatt, "offenkundig"

seien seit dem Ukrainekrieg auch die Vertretungen im Ausland angewiesen, die "Fake News" der russischen Staatsführung selbst zu verbreiten. Der FDP-Politiker Konstantin Kuhle sagte, die Vertreter des russischen Staates würden ihre Lügen in Deutschland verbreiten und dadurch "gezielt Zwietracht in der Gesellschaft säen".
"Die Bundesregierung kann darauf mit weiteren Ausweisungen russischer Diplomaten antworten und sollte sich diesen Schritt für die weitere Verbreitung von gezielter Desinformation vorbehalten."
Kuhle sagte weiterhin, in Deutschland dürfe niemand wegen seiner Herkunft oder seiner Sprache diskriminiert werden.
"Das gilt selbstverständlich auch für Menschen, die selbst oder deren Vorfahren aus Russland nach Deutschland eingewandert sind", so Kuhle.
Dennoch träfen die Warnungen des Verfassungsschutzes nach Auffassung Kuhles "ins Schwarze". Die russische Botschaft erklärte im Zusammenhang mit den Vorwürfen des Verfassungsschutzes:
"Es ist eine der zentralen Aufgaben einer jeden diplomatischen Mission, Rechte und Interessen der Mitbürgerinnen und Mitbürger im Aufenthaltsstaat zu schützen."
Weiterhin wies die russische Botschaft darauf hin, dass die Rechtsverstöße vom Bundeskriminalamt bestätigt worden seien. Es sei jedoch nicht ihr Ansinnen, das Problem zu politisieren, geschweige denn "die emotional aufgeladene gesellschaftliche Situation" anzuheizen.
"Wir wollen russischsprachige Bürgerinnen und Bürger unterstützen, indem insbesondere ihre legitimen Belange in den Fokus der Bundesregierung und Strafverfolgungsbehörden gerückt werden. Diese Arbeit zeitigt konkrete Ergebnisse. Die Botschaft nimmt Stellungnahmen der deutschen Staatsführung zur Kenntnis, denen zufolge es keinen Platz für Alltags-Russophobie in der Bundesrepublik geben darf. Die Botschaft weiß die konstruktive Zusammenarbeit mit deutschen Strafverfolgungsbehörden hoch zu schätzen."
Die Unterstellung, die Botschaft würde Falschnachrichten zur Destabilisierung der deutschen Gesellschaft verbreiten, weise man entschieden zurück. "Völlig inakzeptabel" seien auch Drohungen, die einige deutsche Politikerinnen und Politiker gegen die diplomatische Institution ausgesprochen haben.

https://cdni.russiatoday.com/deutsch/images/2022.04/article/6258558cb480cc772340f717.jpg